

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, keine Beiträge etc. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Ecken in Aachen, Luisenstr. 66. Fernsprech-Nr. 1358. Zentr. Ver. 2222222

Nr. 16.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 18. April 1908.

Fernsprech-Nummer 4223.

10. Jahrgang.

Empor das Haupt!

Auf! red' dich empor! Empor das Haupt!
Grad aufrecht will ich dich sehen!
Wer hat dir doch den Mut geraubt,
Den Menschen in's Auge zu sehen?
Was beugt du dich denn so tief!
Ihr Blick muß ja über dir schweben.
Vergesse dich nimmer, daß einst dich auch tief
Der Gottheit Odem ins Leben. —
Ist denn dein Rücken so müd und matt,
Muß stois er sich beugen und biegen,
Weil Sorge und Arbeit dein Antlitz hat
Gezeichnet in scharfen Fügen?
Wenn ehrlich und offen dein Weidensweg,
Zeig' furchtlos und frei dich den Blicken!
Wer heimlich schleicht über dunklen Steg,
Nur der muß sich drücken und bücken.
Sag' an, ich glaube du schämst dich gar,
Daß deine Hände voll Schwielen?
Und warum müdest du immerdar
Dich recht unterwürdig fühlen.
Freund höre: Die Schweigetröpfchen hell und licht,
Die auf deiner Stirne dir brannten,
Sie zierten dich mehr als den ehrlösen Wicht
Ein Straßensmerer von Diamanten.
Der Mensch, der dem Laster, der Leidenschaft fröhnt,
In Schmutz sich eitel will blähen,
— Und wäre auch selbst sein Haupt gekrönt —
Tief, tief wird er unter dir stehen.
Schlägt frei dir dein Herz, dann schen nicht das Licht!
Du mußt dir Achtung erzwingen!
Erfülle gewissenhaft, treu deine Pflicht,
Gott hilft dir, dein Recht zu erringen!
Vor ihm nur beuge im Demut dein Antlitz.
Doch Menschen, ob Farsen, ob Grasen,
Schau offen ins Auge! Und nimmermehr, nie
Verrate das Herz eines Elenden! — — —
Doch wenn dich Kummer und Leid so drückt,
Harr' aus! Du darfst nicht erliegen!
Der Gott, der allweise die Prüfung dir schickte,
Der gibt dir auch Kraft um zu siegen!

Freiheit.

Freiheit! Eine zündende Kraft ist diesem Wort
eigen. Freiheit! ist das Kampfwort fast aller
großen Völkerbewegungen und Kämpfe der Welt-
geschichte gewesen. — — — Ströme Menschenblutes sind
gefloßen im Namen der Freiheit. Wie unter dem
Banne einer geheimnisvollen Macht haben Tausende
hervorragender Männer für die Freiheit ihr Leben
geopfert. Sie war und ist die Begeisterungsquelle,
aus welcher die Poeten und Sänger aller Zeiten den
Stoff zu ihren Gesängen schöpften, und kaum ein
anderes Thema dürfte so oft in Dichtungen Ver-
wendung gefunden haben als eben die „Freiheit“.
Es ist ein glänzender Beweis für den überlegen-
den menschlichen Intellekt in der Schöpfung, diese Be-
geisterungsfähigkeit an rein menschlichen Begriffen.
— Freilich, wohl winks auch manchmal materielle
Vorteile den Freiheitskämpfern mit der Erreichung
ihrer Ideale, aber immerhin war es doch vorzüglich
die ideale Inhalt des Begriffes, welcher die Mensch-
heit zur grenzenlosen Opferfreude begeisterte. Es
war jener Drang, welcher unzertrennbar dem Menschen
innewohnt, der Drang zu einem wohl geachteten aber
nicht gekanntem Glück, welches zwar nicht identisch
ist mit der Freiheit irdischen Begriffes. — Wir sind
bürger zweier Welten — Das haben zu ihrem
größten Leid jene erfahren müssen, welche sich nach
jeglichen Freiheitskämpfen im Besitze alles Wünsch-
baren wähten und alsdann dennoch ihrem unwill-
baren inneren Drange neue Ziele setzten.
Und was ist die Signatur unserer modernen großen
Geisteskämpfe? Freiheit! Um was denn sonst
drehen sich die leidenschaftlichen Kämpfe der politischen
Parteien? Ist es da nicht jene, welche im Namen
der Freiheit Erfüllung ihrer Wünsche und Sicherung
derselben durch die Gesetzgebung verlangt?
Und warum kämpfen die organisierten Arbeiter
in der christlich-naturalen Arbeiterbewegung? Um
Befreiung von der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen
und politischen Bevormundung, also um Freiheit.
Die christlichen Gewerkschaften kämpfen um die Freiheit
beim Abschluß des Arbeitsvertrages, sie wollen nicht
mehr die Diktatur des Unternehmers, sondern mit-
arbeiten, wenn es die Arbeitsbedingungen angeht. Die
christliche Arbeiterbewegung kämpft überhaupt um
jene Freiheit, die jeder Mensch von Gotteswegen
hat, die der Menschenwürde entspricht und die allein
die mannigfachen Kräfte auslöst, die zur Gesundung
unseres ganzen Gesellschaftslebens notwendig sind.
Das ist keine juristische Freiheit, die jeden tun läßt,
was er will, sondern eine Freiheit, die Ordnung
schafft.
Der heutige soziale Kampf zittigt Blüten, welche
oft genug auf eine Festkirkung und Begriffsver-
wässerung schließen lassen. Können es sonst vorkom-
men, daß Arbeitergenossen mitten im Streite die
Waffe gegen ihre eigenen Brüder richten? So z. B.
hört die gesamte Arbeitererschaft unter dem Drucke

und den Auswüchsen des die wirtschaftliche und politische
Freiheit unterdrückenden Kapitalismus. Zwei große
organisierte Arbeiterheere haben nun den Kampf mit
diesem „Gesellschaftsfeind“ aufgenommen — die
Christenheit — die Sozialdemokratie!

Die letztere, extrem radikal, setzt der Gewalt die
Gewalt gegenüber, nicht achtend der im blinden
Draufgängerium unausbleiblichen Schlägen und
Niederlagen. Dann die christliche Bewegung, welche
aus sittlichen und Klugheits-Rücksichten die rohe Ge-
walt als ausschließliches Kampfmittel verwirft, nicht-
bestimmender aber mit höchstem Ernste an der Lösung
der sozialen Frage arbeitet. Sie hat sich eben durch
diese besonnene und überlegene Ruhe die Feindschaft,
ja den fanatischen Haß der erstgenannten Organi-
sation zugezogen. Dieser Haß, welcher die an-
gewandten Mittel nicht auf ihre Gerechtigkeit prüft,
äußert sich in dem, allen Freiheitsbegriffen hohn-
sprechenden Terrorismus.

Nun aber will es die Ironie der Chronik, daß
vielfach gerade jene überbegriffenen Terroristen auch
jene sind, welche für das Freiheitsideal der Blut und
Leben opfernden Patrioten vergangener Zeiten nur
ein verächtliches Lächeln haben und bei diesen von
„krankhafter Ueberpanntheit“ reden.

Es ist jedenfalls nicht zu leugnen, daß heute im
allgemeinen mit Recht von einer Verrückung der
Rechts- und Freiheitsbegriffe zu reden ist. Für die
Gesamtheit ist diese Verwirrung von denkbar un-
günstigstem Einfluß. Die Arbeiterbewegung als solche
gerät in moralischen Mißkredit; Vorurteile und Miß-
verständnisse wuchern üppig in den Kreisen der
übrigen Gesellschaftsklassen, die uns sowohl nicht
„wohlwollend“ gesinnt waren. Aus Erfahrung wissen
wir, daß mancher sogenannte „Spießbürger“ sich
unter organisierten Arbeitern eine Horde von Radikal-
listen, Haulenzern und Säulern vorstellt. Ohne
diese Auffassung zu entschuldigen, muß man doch zu-
geben, daß die Arbeitererschaft leider durch ihr
Vertrauen oft genug, allzuoft diesen Begriff genährt und
gefördert hat.

Eine der schwierigsten, notwendigsten, aber auch
dankebarsten Aufgaben ist es daher für die Besonnenen
und ernsthaften Arbeiter, sich wieder ordentlichen
Kredit zu verschaffen, den Beweis zu erbringen, daß
der gesunde Kern der Arbeitererschaft wohl Recht von
Unrecht unterscheiden kann, und die Schwärzer, welche
unter der Parole „Freiheit“ ihre eigenen Klassen-
genossen terrorisieren, nicht die Repräsentanten der
Arbeitererschaft und der wahren Freiheit sind.

Die christlich-naturale Arbeiterbewegung hat an
dieser Aufgabe bereits mit großer Energie gearbeitet.
Und sie wird weiter daran arbeiten und endlich
siegen.

Es ist Ohiern! Der menschgewordene Gottes-
sohn hat gestreut über alle seine Feinde. Für den
Todüberwundenen soll auch unsere Arbeit sein. In
seinem Namen und seinem Sinne führen wir den
großen Kampf für Recht und Freiheit. Und wenn
wir alle an diesem hohen Reize uns unserer Pflicht
ernst bewußt werden und erneut geloben, mit Liebe
und Ausdauer zu arbeiten an dem großen Be-
freiungskampfe, dann wird auch für uns ein Teil
der Herrlichkeit des schönsten Sieges verfallen.

Konsumvereine und Arbeiterbewegung.

Wenn wir nun die Frage zu beantworten ver-
suchen, ob die Gewerkschaftskonsumvereine eine Stär-
kung der christlichen Gewerkschaften herbeiführen
könnten, so könnte man eher zu dem entgegenge-
setzten Ergebnis kommen. Wie oft sind Zwistigkeiten im Gewerkschafts-
konsumverein Grund und Ursache zu Zanf und Streit
in den einzelnen Ortsgruppen gewesen, und wie oft
haben gerade diese Streitigkeiten die Vermengung von
Genossenschaft und Gewerkschaft die Stoff- und Agi-
tationskraft der letzteren in den in Betracht kommen-
den Orten gelähmt.

Diese Tatsachen dürften auch manchen christlichen
Gewerkschaftsführern die Ueberzeugung gebracht haben,
daß eine Trennung von Genossenschaft und Gewerks-
chaft an Interesse beider Bewegungen unbedingt not-
wendig sei. Mit der Trennung jedoch ist die logische
Folgerung der Verallgemeinerung verbunden. Aber
auch die Praxis hat die Richtigkeit dieser Ansicht be-
stätigt. Während Konsumvereine, die bedeutend später
von christlichen Arbeitern gegründet wurden, unab-
hängig von den Gewerkschaften sich geradezu gegen
Erwartungen großartig entwickelten und lebensfähige,
lebenskräftige Wirtschaftsformen wurden, sogar unter
Konkurrenz starker gegnerischer Genossenschaften,
gingen die Gewerkschaftskonsumvereine, wenn sie
sich nicht mittlerweile zur Dehnung ihrer Grenzen
entschlossen hatten, immer mehr rückwärts. Hier sei
nur verwiesen auf die Konsumgenossenschaft „Ein-
tracht“, Mülheim a. Rh. mit ihrer 10 000 Mitglieder
und ca. zwei Millionen Umsatz. Dagegen bleibt die
übergrößte Mehrzahl der Gewerkschaftskonsumvereine
in Mitgliederzahl und Umsatz soweit zurück, daß ein
im Vergleich stellen gar nicht möglich ist. Die Macht
dieser Tatsachen lehrt uns also, daß es der
einzige richtige Weg ist, Konsumvereine zu
bilden, welche jedem Konsummenschen die Mit-
gliedschaft gestattet, der ohne Nebengedanken
politischen Natur, nur den wirtschaftlichen Zweck
des Konsumvereins in Anspruch
nehmen will.

Der Kernpunkt der Frage, Konsumgenossenschaften
und christliche Arbeiterbewegung, ist jedoch der: Soll
sich letztere um die Genossenschaftsbewegung über-
haupt kümmern oder nicht? Darin liegt ein Inter-
esse an der Genossenschaftsbewegung oder nicht?

Es läßt sich nicht leugnen und die Statistiken der
letzten Jahre zeigen es, daß dieselbe immer mehr an
Boden, immer mehr an Ausdehnung gewinnt. Seit
1890 dürften sich die Konsumvereine an Zahl und
Mitglieder mindestens vervierfacht haben. Immer
mehr wendet sich die arbeitende Bevölkerung der Ge-
nossenschaftsbewegung zu, um der Vorteile derselben
teilhaftig zu werden. Auch die Anhänger unserer Be-
wegung werden immer mehr in den Bannkreis der-
selben gezogen, und wer will es ihnen verwehren,
daß sie ebenfalls die Vorteile eines gemeinsamen Ein-
kaufes genießen wollen. Nun ist es eine nicht zu
leugnende Tatsache, daß in einer gewissen Anzahl
deutscher Konsumvereine eine gewisse politische
Tendenz vorhanden ist.

Bei der bekannten Unzulänglichkeit zahlreicher An-
hänger der sozialdemokratischen Partei dürfte es nicht
zu weit gehen, zu behaupten, daß in den unter sozial-
demokratischer Leitung stehenden Konsumgenossen-
schaften, selbst wenn dieselben eine Minderheit christ-
licher Arbeiter angehören, christliche Arbeiterführer
als Verwaltungsmittelglieder unmöglich wären. Der
Gegensatz im politischen und gewerkschaftlichen Leben
würde seine Schatten auf die Genossenschaften werfen
und zur Entfernung oder Nichtwahl andersdenkender
Verwaltungsmittelglieder führen. Ein klares Beispiel
hierfür dürfte die Vorstandswahl der Ortstranken-
kasse für stehende Gewerbe in Köln im Jahre 1906
sein. Vor der Wahl hatten sich die Anhänger beider
Richtungen vereinigt, eine gemeinsame Liste der zu
wählenden Vorstandsmittelglieder aufzustellen, damit
der Vorstand für die Hälfte aus Anhängern beider
Richtungen bestehen könnte. Während nun bei
der Wahl die christlichen Arbeiter dem
Uebereinkommen gemäß die vereinbarte
Liste wählten, gingen die Anhänger der
Sozialdemokratie dazu über, Stimmzettel
abzugeben, auf denen nur Leute ihrer
Richtung benannt waren, welche dann auch
als gewählt aus der Urne hervorgingen.
Dieses Beispiel ist um so trauriger, als in dieser Kranken-
kasse die christlichen Arbeiter die Mehrheit hatten
und der Kompromiß ein Entgegenkommen derselben
bedeutete. Daß solche Beispiele sich auch in der Ge-
nossenschaftsbewegung wiederholen würden, dürfte nur
von Unkundigen bezweifelt werden.

Dazu kommt noch ein weiteres. Mit der Aus-
dehnung der Konsum-Genossenschaftsbewegung mehr
sich auch die Zahl der genossenschaftlichen Angehörigen.
Da nun die Konsumvereine in städtischen Betrieben sein
sollen, auch in bezug auf die Verhältnisse, unter denen
die Angehörigen arbeiten, so ist es selbstverständlich,
daß es zwischen den Konsumvereinen und den Ge-
werkschaften, denen die Angehörigen angehören, zur
tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse kommen
muss. Der Zentralverband der christlichen Konsum-
vereine hat schon mit einer Anzahl sozialdemokrati-
scher Gewerkschaften, so z. B. der Bäcker, Trans-
port- und Hilfsarbeiter, sowie auch der Lagerhalter
Tarifverträge abgeschlossen. Auf dem Genossenschaftstages
des Zentralverbandes am 15.—17. Juli v. J. in Düssel-
dorf wurde die Frage der Tarifverträge eingehend
erörtert. Dabei kam es zu lebhaften Auseinander-
setzungen zwischen den sozialdemokratischen Verwal-
tungsmittelgliedern der Konsumvereine und den Anhängern
der sozialdemokratischen Gewerkschaften, wobei der
Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Theorie und
Praxis recht deutlich zum Ausdruck kam. Doch dies
dürfte nicht weiter interessieren, und interessiert mehr
die Stellungnahme des Zentralverbandes und seiner
Genossenschaften zu den Tarifverhältnissen mit nicht-
sozialdemokratischen Gewerkschaften. Darüber führte
der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete
von Elm unter Zustimmung des ganzen Ge-
nossenschaftstages aus:

Nun wurde noch ein weiterer Grund gegen
den Arbeitsnachweis angeführt und gesagt, die
Vernehmung von Arbeitern bei Verlegung von Stellen
der Arbeitsnachweis benutzt werden muss verstoße
gegen unseren Grundsatz der Neutralität. Ich kann
dies eigentlich nicht verstehen. Es handelt sich hier
nicht um den Abschluß eines Tarifvertrages mit einer po-
litischen Organisation, sondern um den Abschluß einer
Vereinbarung mit einer Gewerkschaft, welche der
Arbeitgeber aller politischen Richtungen als Mitglieder
annimmt und irgendwelche Beitrittsgangung nicht
zur Vorbedingung der Mitgliedschaft macht. Man
würde mit Recht sagen können, daß wir
gegen den Grundgedanken der Neutralität ver-
stoßen, wenn wir mit gewerkschaftlichen
Organisationen, welche bestimmte reli-
giöse oder politische Anschauungen als
Vorbedingung zur Aufnahme stellen,
Tarifverträge abschließen wollten. Wir haben es
in dem Bäckerverband mit einem Verband zu tun,
der keinen Arbeiter, er möge einer Partei
angehören, welcher er will, von der Mitgliedschaft
zurückweist und auch keinen zurückweisen darf, der
in religiöser Beziehung eine andere Weltanschauung
hat als vielleicht der Vorsitzende des Verbandes.
Selbstverständlich dürfen wir Verbände,
welche eine bestimmte Weltanschauung,
z. B. die christliche, als die allein richtige
anerkennen, nicht als tarifbündnisfähig
betrachten, sondern wir müssen uns sagen, auch
derjenige, der keine christliche Weltanschauung hat,
muß als Mitglied in den Verband aufgenommen
werden können. Anders geht es nicht, sonst würden
wir allerdings gegen den Grundgedanken der Neutralität
verstößen.

Daß Herr Elm die sozialdemokratischen Gewerks-
schaften als neutrale Wirtschaftsorgane hinstellt, ist
bei ihm als Sozialdemokrat verständlich, aber aber

nichts an der Tatsache, daß dieselben nur noch die
getrennte Organisation von der Einheit mit der sozial-
demokratischen Partei scheinbar trennt. Ziel und Tätig-
keit beider heßt sich vollkommen. Auf Grund dieser
Tatsache, welche von niemandem, selbst von den Gewerks-
chaften nicht mehr ernstlich bestritten wird, ist es ein
berechtigtes Streben sozialdemokratischer Arbeiter,
sich in christlichen Gewerkschaften zusammenzuschließen.
Was besagen aber zu gut deutlich die Ausführungen
von Elm? Sie besagen klar und deutlich:
Mit den christlichen Gewerkschaften schließen
wir keine Tarifverträge ab.

Ueber Arbeiterkrankheiten.

Die Arbeit soll des Lebens Balsam und Segen
sein, und diesen Beruf erfüllt sie auch in der Tat,
wenn sie nicht nur von Erfolg begleitet ist, sondern
vor allem auch richtig angelegt und in den natür-
lichen Grenzen betrieben wird. Sie ist speziell für
den Industriebesitzer aber auch vielfach die Quelle
zahlreicher Krankheiten und Leiden, die man vor-
nehmlich unter dem Namen der Arbeiterkrankheiten
zusammenfaßt. Diese spezifischen Arbeiterkrankheiten
entstehen einmal, wenn die Arbeit infolge ihrer
Menge und Beschaffenheit einzelnen Körperorganen
oder dem ganzen menschlichen Organismus zu rasch
und zuviel Kraft entzieht oder wenn die Körper-
stellung bei der Arbeit einzelne Teile überanstrengt,
wenn sie eine falsche ist. Sie können aber auch
darin ihren Grund haben, daß die Arbeitsräume
dem arbeitenden Körper Luft und Licht rauben, oder
umgekehrt die Arbeit dem Körper und dessen Or-
ganen Stoffe zuführt, welche den Zellen schaden, wie
die mehr oder minder starken Gifte, welche die Zellen
zerstören oder die Zellengebebe entzünden.

Gegenüber diesen Schädigungen der menschlichen
Arbeitskraft hat nicht nur der Staat die Pflicht,
durch einen verständnisvollen Ausbau der Arbeit-
schutzeinrichtungen ihnen entgegenzuwirken, sondern
auch jeder einzelne, der ihnen ausgesetzt ist, durch
eine vernunftgemäße Gesundheitspflege. Zu diesem
Zwecke muß er vor allem auch über die Natur der
Arbeiterkrankheiten sich aufklären und sich einzup-
ragen suchen, in welcher Form und Weise sie auf-
zutreten pflegen.

Da sind unter den Arbeiterkrankheiten in erster Linie
die Augenkrankheiten zu nennen. Die Erkrankung der
Augen kann eintreten teils als Folge der Verarbeitung
schädlich wirkender Arbeitsgegenstände, teils als Folge
falscher Stellungen und falscher Beleuchtungen. Sie
entsteht meist durch Ueberanstrengung und zwar dadurch,
daß Leute, die sich mit sehr feinen, ein genaues Zuhören
erfordernden Arbeiten beschäftigen, die einem Gegenstande
nahe an das Auge bringen und sehr viel bei künstlicher
Beleuchtung, die hiers noch mit großer Wärme behan-
deln ist, arbeiten müssen. Orientierungslos pflegen sie
gewöhnlich dadurch zu entstehen, daß die Beobachter
durch beläufige Gerüche erstickt werden, so entsteht
die Sehwerkblindheit. Sehr leidet das Gehör der Arbeiter,
wenn Maschinenarbeiten die Hochdruckwinden auslösen
und Mittelstöße verstopfen. Maschinenarbeiten gehen wir aber
bei vielen Arbeiter, die mit Laugen, Dämpfen,
Säuren arbeiten, oder eine staubige Luft einatmen. Kratzen
und Kratzen im Hals sind die ersten Erscheinungen des
Katarakts.

Sehr häufig sind die Krankheiten der Atmungs-
organe. Diese leiden beim Arbeiter am meisten durch
Einatmung von staubiger Luft, und zwar von Metall-
staub, Kohlen- und Eisen- sowie vegetabilischem Staub.
Diese Reize des Staubes führen nun zunächst zu Katarakten
der Atmungsorgane, die unter Umständen chronisch
(dauernd) werden. Der chronische Katarakts führt allmählich
zu sogenannten Lungendampfen mit Schwermetalligkeit.
Die Elastizität der Lungen leidet mit. Auch Lungendampfen
entzündungen sind häufig die Folgen der Staubeinatmung
und ihres Reizes, endlich auch die Lungenschwindsucht, die
Weise der Nervenheit. Die Atmungsorgane sind jedoch
nicht der einzige Weg, auf dem die verschiedenen Staub-
arten zur schädlichen Wirkung gelangen können; gar nicht
selten sind es oft nur kleine Verletzungen der äußeren
Haut, durch welche Staubpartikeln eindringen, die dann zu
heftigen Allgemeinerkrankungen Veranlassung geben
(Mißbrand, Habernkrankheit, auch Rosp) Im Arbeits-
betrieb haben nicht selten auch Magen- und Darmleiden
ihre Ursache. Im allgemeinen wird durch häufiges Trinken
kalter Getränke oft geschädigt. Sonst treten Magen- und
Darmkrankheiten hauptsächlich als Folgeerscheinungen
der getrümmten Haltung und sitzenden Lebensweise auf.
Sie wird man am meisten daran gewahren, daß der Appetit
nicht mehr so gut ist wie früher, ein Gefühl der Schwere
des Aufgetriebenseins stellt sich ein, das den Schlaf
beranlassen sollte, den Arzt nach dem Ursachen dieser
Störungen schauen zu lassen, namentlich, ob sie nicht an
der Beschäftigungsweise begründet sind.

An Arbeiterkrankheiten lassen dann noch folgende ge-
nannt. Zunächst Krankheiten des Herzes und der Blut-
gefäße. Alles, was zu starker Vererbung führt, einseitiges
Tragen, Sehen, Sträumen, Drücken schadet mit der Zeit
dem Kreislaufsystem, dem Herzen und den blutleitenden
Adern. Die zu häufigen Arbeiter bekommen leicht Herz-
erweiterungen mit dem Folgen der Arteriosklerose, des Herz-
kollaps, des Schlaganfalls. Bei manchen Arbeiter
leidet auch das Knochenmark. Die Körperhaltung, viel-
fach eine Folge lang dauernder Belastung, kann, wenn sie
von junger Jugend an ausgedehnt werden muß, zu blei-
benden Mißgestaltungen des Skeletts führen. Das Nervensystem
kann bei keiner Arbeit ganz ohne Schaden weg-
sein, es wohl kaum eine solche gibt, bei der der Geist
gänzlich ausgeschaltet ist, die Gefahr aber sich immer
mehr, wo die intensiven und rauchige Geistesarbeit verlang-
te wird. Wenn gewisse Gruppen von Arbeiter durch
lange Zeit unverhältnismäßig angezogen werden, so werden
sie menschenlich von Krämpfen befallen. Am bekanntesten
ist der sogenannte Schreibkrampf.
Auf dem genannten Stoffwechsel endlich wirken ins-
besondere ungünstig ein der Aufenthalt in zu kalten,
feuchten oder zu trockener Luft, die Einatmung einer zu
genügend verunreinigten, einer schlechten verbrauchten Luft.
Den Atemwegswechsel beeinflusst auch die von Wasser-
ausgezeichnete Feuchtigkeit. Wir haben es hier einmal

mer durch die Gifte veranlaßten, unmittelbaren Gesundheitschädigung zu tun, sondern aber mit der durch Einwirkung dieser Stoffe herbeigeführten größeren Geneigtheit zur Ansteckung, mit der geschwächten Widerstandsfähigkeit, die den Arbeiter leichter andern Krankheiten erliegen läßt. So soll z. B. bei Blei- und Quecksilberarbeitern eine größere Disposition zur Tuberkulose herrschen.

So sehen wir also eine ganze Reihe von Gesundheitschädigungen, die speziell den industriellen Arbeiter treffen. Daher ist denn auch die Sterblichkeit in Arbeiterkreisen erwiesenermaßen stärker als in andern Erwerbstätigen. Darum tue auch ein jeder Arbeiter seine Pflicht, die Schädigungen der Arbeit nach Möglichkeit zu vermeiden oder doch auszugleichen, insbesondere auch durch Beobachtung der Vorschriften der Gesundheitslehre. In den Standesvereinen müssen nach dieser Richtung hin Vorträge gehalten werden; auch sollte hier belehrendes Material erhältlich sein.

Vor allem gilt es auch, bei der Berufswahl auf die Veranlagung des jungen Mannes zu irgenneiner Krankheit sorgfältig Rücksicht zu nehmen. Aus obigem ist schon leicht ersichtlich, welche Berufe junge Leute, die nach irgendeiner Krankheit hinneigen, meiden sollten. Recht praktisch ist es daher, vor der Wahl eines Berufs einen Arzt zu ziehen. Es gilt das Lebensglück, und da sollte seine Mühe zu groß sein.

Stimmen über die Arbeitskammervorlage.

Zuerst trat der „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ gegen den Gesetzesentwurf auf den Plan. Sofort nach Bekanntwerden des letzteren kamen die Herren zusammen, um die Stellung „der Industrie“, wie sie oft zu sagen pflegen, der Regierung kund und zu tun. Sie einigten sich in einer Versammlung am 5. März c. auf folgende Resolution:

„Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände hält es einstimmig für ausgeschlossen, daß die in dem Entwurf des Gesetzes über Arbeitskammern zum Ausdruck gebrachten Aufgaben verwirklicht werden können; vielmehr erklärt er in den Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage eine schwere Gefahr für die gesamte deutsche Industrie, weil sie zur Verschärfung der Gegenüberstellung wären. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände spricht sich aber hierdurch keineswegs gegen eine gesetzliche berufliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer im Sinne der Kaiserlichen Verordnung vom 4. Februar 1890 aus.“

Acht Tage später riefen die Vertreter des schwachen Geldbeutels, die vom „Zentralverband Deutscher Industrieller“, ihre Leute zur Gerichtsitzung über die Arbeitskammern zusammen. Der satjam bekannte Buel hatte das Referat. Da brauchte man gar nicht mehr zu fragen, was kommen würde. Und doch scheint Herr Buel in dieser Versammlung im Gesprächsraum allem bisherigen die Krone aufgesetzt zu haben. Er meinte: Von einer Einlösung des Verzeichnisses der Kaiserlichen Verordnung zu reden, sage gar keine Veranlassung vor. Der Kaiser habe die Krone mit Rücksicht auf die damaligen Verhältnisse gegeben, heute, nach 18 Jahren, sei alles ganz anders; Vertretungen der Arbeiter in Form von Arbeitskammern seien gar nicht mehr notwendig. Die Entwicklung der Dinge hätte die Unmöglichkeit bezeugt. Der Kaiser würde heute ganz anders urteilen. Die Verordnung von 1890 würde als glanzendes Zeugnis für den jungen Kaiser unergänglich in der Geschichte fortleben, aber sein scharfer Verstand würde den Kaiser erkennen lassen, daß es heute doch anders sei als damals. „Glaubt das nicht einer Verschönerung der Februarrevolte? Gewiß haben sich die Verhältnisse geändert, aber die Entwicklung hat Arbeitnehmern mehr wie je notwendig gemacht. Sie Unternehmer verwerfen die Kammer, weil sie grundsätzlich Gegner jeder paritätischen Einrichtung auf sozialem Gebiete

sind und darum auch ihre Stellung zu den Gewerbetreibenden jedenfalls revidieren müssen.“ Nach diesen Leistungen Buels kann man sich erklären, wie die Witte lautet, mit der man sich an die Regierung wenden will.

Die Hegniger Handelskammer weist den Entwurf zurück, weil nach ihrer Meinung die darin vorgesehene Institution in die Tätigkeit — der Handelskammern eingreift. Die sozialpolitischen Aktionen, die bisher von den Handelskammern unternommen wurden, sind der Arbeiterschaft wie überhaupt der Öffentlichkeit unbekannt geblieben. Ihre ganze Tätigkeit auf dem Gebiete der sozialen Reform ist bisher beschränkt geblieben auf Vorschläge zu Gesetzentwürfen, dazu noch in der Regel in einem für die Arbeiter ungünstigen Sinne. Die Handelskammern sind nichts anderes als reine einseitige Interessensvertretungen, die in Sozialpolitik bisher noch nichts gemacht haben und auch nichts machen können. Ein solcher Ablehnungsgrund macht der Einbringung der Hegniger Handelskammer alle Ehre.

Eine andere Stellung nahm die Handelskammer Köln ein. Der Syndikus der Kammer, Prof. Dr. Wirminghaus berichtete über den Entwurf und über die Verhandlungen im Ausschuss der Kammer. Die Handelskammer war der Ansicht, daß das Verlangen nach Bildung von Arbeitskammern insofern berechtigt erscheint, als die Arbeiter, im Gegensatz zu den Arbeitgebern, eine staatliche Organisation für die Vertretung ihrer Interessen bisher noch nicht besitzen. Sie bezweifelte jedoch, ob mit der im Entwurfe vorgesehenen Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesen Kammern der Zweck dieser Einrichtung, nämlich die Pflege des wirtschaftlichen Friedens und die Förderung eines gegenseitigen Verständnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, erreicht werden wird. Dennoch will die Handelskammer der paritätischen Gestaltung der Arbeitskammern nicht widersprechen, wenn auf beiden Seiten die Neigung für solche Kammern vorhanden ist. Wenn man diese jedoch nicht im Entwurfe vorgesehenen sachlichen Gliederung der Kammern im Anschluß an die Berufsgruppen, sondern die territoriale Gliederung treten, da diese vor jener erhebliche praktische Vorteile hat; auch müßte statt des vorgesehenen mittelbaren Wahlrechtes das unmittelbare, nach den Grundätzen der Verhältniswahl eingerichtete Wahlrecht treten.

Von dem Entwurfe hat ferner die oberbayerische Handels- und Gewerbekammer ein Gutachten abgegeben und darin die Schöpfung reiner Arbeitervertretungen bezw. Kammern örtlicher Natur ohne Trennung nach bestimmten Gewerben gefordert. Die Verbindung mit den Berufsgruppen sei zu vermeiden, ebenso die Art und Weise, wie der Regierungsentwurf die Wahlen festsetzt. Die Mitglieder der Arbeitskammern seien durch direkte Wahlen der Wahlberechtigten zu wählen, wobei die Verhältniswahl vorzuziehen sei. Die Kosten seien vom Reich oder von den Bundesstaaten zu tragen.

Der deutsche Handelstag, der in der vorletzten Woche des März in Berlin tagte, nahm ebenfalls zu der Frage Stellung. Mit 2/3 Majorität faßt folgende Resolution Annahme:

„Der deutsche Handelstag teilt nicht die Ansicht, daß der Entwurf des Gesetzes betr. Arbeitskammern den sozialen Frieden fördern und eventuell volkswirtschaftlichen Nutzen stiften würde. Er müßte sich daher mit Entschiedenheit gegen die Einführung von Arbeitskammern aussprechen.“

Auf eine sozialdemokratische Interpellation wegen der Arbeitskammern erklärte in der badischen Kammer der Minister des Innern, Hr. v. Bodman, nach seiner Auffassung sei die nächste und dringende Aufgabe die Schöpfung von Arbeiterkammern zur Vertretung der Arbeiterinteressen. Daraus könnten dann die Arbeitskammern sich entwickeln, in der eine gegenseitige Aussprache von Arbeitgebern und Arbeitnehmern statzufinden habe. Man könne aber

ohne Schaden auch den vom Entwurfe vorgesehenen umgekehrten Weg gehen und zunächst die Arbeitskammern schaffen, es würden sich dann von selbst daraus auch Arbeiterkammern entwickeln, da Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch getrennt zu beraten und abzustimmen haben würden. Wenn man nicht jetzt schon Arbeiterkammern bekommen könne, solle man den Versuch nicht unterlassen, aus der Arbeitskammer heraus eine Ständevertretung der Arbeiter zu schaffen.

Der Minister erachtete es für verfehlt, für die Vertretung der Arbeiter in der Arbeitskammer die Arbeiterauschüsse zur Grundlage zu nehmen, weil diese nicht obligatorisch seien, nur da und dort, besonders in der Großindustrie, beständen. Die Kammer müsse auf eine breitere Basis gestellt werden, sie dürfe nicht nur die Industriearbeiter umfassen, müsse vielmehr insbesondere auch das durch die Gesellschaften nur ungenügend vertretene Handwerk einschließen. Die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter könne man späterer Entwicklung überlassen. Die Arbeitervertreter müßten aus direkter allgemeiner Wahl unter Bezug beider Geschlechter nach den Grundätzen der Verhältniswahl hervorgehen. Das Wahlrecht könne mit dem vollendeten 21. Lebensjahre beginnen, er habe aber auch nichts gegen die Altersgrenze von 25 Jahren. Die Berufsgruppen sollten nur die Grundlage für die Einteilung der Kammern sein. Man werde eine territoriale und eine sachliche Einteilung nötig haben. Ob man die territoriale Einteilung zur Grunde lege und dann sachlich gleichere oder umgekehrt, sei nebensächlich. Die Kosten sollten nicht wie nach dem Entwurfe nur den Berufsgruppen auferlegt, sondern verteilt werden, eine Verteilung des Reiches oder der Einzelstaaten an den Kosten sei gerechtfertigt, da der Staat auch zu den Kosten der andern berufständischen Organisationen beitrage. Der Minister rejuzierte dahin, daß der Entwurf des Reichstages des Innern ein schätzenswerter Anfang sei, daß eine volle Verwirklichung aber erst eintreten könne, wenn auch eine Vertretung der Arbeiter geschaffen werde. Das Ideal des Ministers ist hiernach: Arbeitskammer neben einer Arbeiterkammer.

„Die „Soziale Praxis“ (Prof. Dr. Franke) hält den Entwurf ebenfalls für brauchbar. Ganz unzulänglich sei indes der vorgeschlagene Wahlmodus, besonders für die Arbeiterschaft; damit bekommen wir nie geeignete Vertrauensmänner, die die Massen hinter sich haben, in die Kammer.“ Dr. Franke tritt für direkte allgemeine und geheime Urwahlen, mit Berücksichtigung der Minoritäten im Verhältniswahlsystem ein und möchte das passive Wahlrecht auch auf die Beamten der Gewerkschaften und die Geschäftsführer der Arbeiterverbände ausgedehnt wissen. Sachlich gezogen seien auch die Grenzen des Gewerbetreibenden, den die Kammern umfassen sollen. Nicht nur der Großbetrieb, sondern auch der Mittel- und Kleinbetrieb und die Heimarbeit, ferner alle Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe müßten vertreten sein.

Hoffentlich berücksichtigen die Regierung und das Parlament die Wünsche der Arbeiter, indem sie die Arbeitskammerfrage bald ihrer Lösung entgegenführen.

Dieser Artikel ist für mehrere Nummern zurückgeblieben. Mittlerweile haben verschiedene Korporationen zu der Arbeitskammerfrage Stellung genommen, so auch der „Bund der Industriellen“, der die Sorlage ebenfalls wie überhaupt Arbeitskammern ablehnt. Der bekannte Volkswirtschaftler Heckner, Verfasser des Buches „Die Arbeiterfrage“ bespricht in einer Versammlung der Gesellschaft für Sozialreform den Entwurf und bemängelt hauptsächlich das Schiedsverfahren, den organischen Aufbau und den Personalkreis. Hoffentlich findet die Frage bald eine glückliche Lösung.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellen.
Gresfath. Mit einer 15 prozentigen Lohnreduzierung wurden die Arbeiter der hiesigen Firma Schwarz zu Fastnachten beglückt. Alles Vorbereitet wurden der Arbeiter und Verbandsvertreter erfolglos. Darauf wurde mit Genehmigung der Verbandsleitung in den Streik getreten. Die Firma zeigte sich anfangs beharrlich, mußte aber doch bald der geschlossenen Macht der Arbeiter weichen und nach dreiwöchentlichem Streik die Lohnreduzierung zurücknehmen.

Kollegen, hier hat sich die Macht und Wirkung der Einigkeit gezeigt. Nur der Organisation ist dieser Erfolg zu verdanken. Wenn die Belegschaft nicht gewerkschaftlich organisiert gewesen wäre, hätte sie sich mit der 15 prozentigen oder noch höheren Lohnreduzierung zufriedengeben müssen. Darum wachet die Einigkeit, zeigt Opferstimm, Mut und Agitationseifer, um die Reihen noch mehr zu stärken. Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen!

Schwedisch. Eine 20 prozentige Lohnreduzierung. Untere Ortsgruppe hielt am 6. März eine öffentliche Versammlung ab. Veranlassung zu dieser Versammlung gab eine für den 1. April angekündigte Lohnreduzierung von 15 bis 20%. Gatten vergangener Sommer die vereinigten drei Verbände die Stärke erreicht, daß auf friedlicher Weise eine kleine Aufbesserung zustande kam, so sollten wir uns hierher nicht lange freuen. Der H.-D. Stahlarbeiterverband ging an seiner „Tätigkeit“ zugrunde. Die fünf zuminnenen Mitglieder lehrten nach der Bewegung der Verbände schleunigt den Rücken; kurze Zeit darauf wurde der bestehende Arbeiterauschuss aufgelöst und man mußte sehen, wie das Schwedenspendt der Lohnreduzierung immer näher heranschlich. Die Geschäftskrisis legte ein und damit hielt Herr Rosenthal den Augenblick für gekommen und kündigte für den 1. April die schon oben angeführte Reduzierung der Löhne an. Man hätte glauben müssen, nur ist das Maß zum Ueberlaufen voll und alle werden dem Verbande beitreten. Aber leider, viel zu tief ist jedes Selbstbewußtsein gesunken; ja nicht einmal in die Versammlung gehen die Kollegen. Der Kollege Joh. Müller behandelte in ausführlicher Weise das Thema: Sind die Löhne der Textilarbeiter derartig gesunken, daß eine 15 bis 20 prozentige Lohnreduzierung gerechtfertigt ist? Derselbe wies klipp und klar nach, daß laut Handelskammerberichten der schlesische Arbeiter am schlechtesten bezahlt wird. An der Diskussion beteiligten sich auch die Vertreter der freien Gewerkschaften und erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Da alle weiteren Schritte angesichts des schwachen Standes der Organisation sowie angesichts der Krisis aussichtslos erschienen, beschloß die Versammlung, für Unorganisierte nicht die Kassen aus dem Feuer zu holen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Saale des Waldschlossens vom Ortschaft der christlichen Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von der Lohnreduzierung bei der Firma Rosenthal. Sie kann es nicht als Recht anerkennen, daß trotz der allgemeinen traurigen Lebenshaltung die Firma ohne jeden triftigen Grund die Löhne reduziert. Die Versammelten sind der Meinung, daß bei einer Lohnreduzierung bis zu 20%, es nicht möglich ist, bei dem dann noch verbitterten Lohne einen nur halbwegs angemessenen Haushalt zu führen, bezahlten wird der durch Herrn Rosenthal selbst empfohlene soziale Frieden nicht gefördert, sondern auf das schwerste gefährdet. Des weiteren dürfte eine derartige Beschneidung des Verdienstes lähmend auf den örtlichen Geschäftsverkehr einwirken und somit nicht im kollektiven Interesse liegen. Die Versammelten sprechen die Erwartung aus, daß die Firma Rosenthal durch erneutes Ver-

Rückblick auf den Wirtschaftsmarkt.

Frühlingsstürme. — Hoffnungen und Zweifel anlässlich der wirtschaftlichen Lage.

Es geht überall so: soll sich eine neue Lage herausbilden, dann zuckt es den Interessenten gleichsam in den Fingern. Sie werden am liebsten was da eben geschärien sein mit beiden Händen heranzuziehen und greifen, damit es nun auch gleich in seiner ganzen Gehalt vor ihnen liege und sie in geschärierter Beurteilung sich die Frage beantworten können: Was ist es denn nun, was wir an ihm haben? Geht's nicht draußen in der Natur so? Kann ich es dem Frühlings gelungen, an Baum und Strauch die zarten Knospen hervorzubringen — und schon farrt der und jener mit gierigen Augen an jedem Blütchen hinan, ob nicht über Nacht Blatt und Ähre daraus geworden, und schleicht sich neugierig wieder heim, weil's „zu langsam geht“. Derselbe haßt der Frühlingssturm sein heißes Stampfen gegen den hartnäckig sein Zeit behauptenden Winter. Nein, der Kampf ist noch immer nicht ausgelungen!

Auf dem Wirtschaftsmarkt zunicht! Doch immer nicht hat die Siegesmelodie sich durchringen können. Was hören wir, welchen Zeit die — so wenig parlamentarisch — Verhältnisse dazu schreiben. Da steht es in bunter Folge:

Unmöglich hoch ist die Zahl der Zwangsversteigerungen für den Monat April. An den zehn Kreisdirektionen in Groß-Berlin fanden nicht weniger als 118 Subhastationen von Grundstücken statt: hieran sind beteiligt das Amtsgericht Charlottenburg mit der höchsten Anzahl von Versteigerungen, nämlich 24, Berlin-Mitte mit 23, Wedding mit 19, Friedrichshagen mit 16, Rastow und Tempelhofer mit je 8, Stroganstraße mit 7, Spandauer mit 6 und Schöneberg mit 5 Versteigerungen mit je 4 Grundstücken. Reichen der Zeit! Wenig erfreulich — und der Wirtschaftsbareometer stellt bezeugt bis bahnammer, wo „tüber Kacheln“ angezeigt steht.

Er stellt. Denn er hatte in frühem Morgenamt sich bereits etwas höher hinausgehoben. Dazu gab die Meldung von neuemgeordneten Ansprüchen für das Baugesetz Anlaß. Wir gedachten der Verhandlungen schon im vorigen Bericht. Sie haben inwieweit zu einem Abschluß geführt, der im allgemeinen wenigstens eine vorläufige Ruhe erzeugt hätte. Sogar ist aber scheinlich schon viel er-

reicht. Denn wäre der wirtschaftliche Rückgang auch noch mit dem drohenden Rezessionspfele belastet worden, so würden wir zweifellos bedenklich nahe an dem „Gefrierpunkt“ gerückt sein. Freilich bergen die erforderlichen verordneten Substanz- und Kapitalverbindungen noch manchen Explosivstoff in sich, dessen nicht außer acht zu lassende Behandlung schließendlich zu gewissen Verzerrungen für manche Gebiete führen könnte. Aber eine Belebung wird der Baustarkt zweifellos erfahren, und er hätte sie gewiß schon in nützlicher Weise erfahren, wenn die bisherige Ungewissheit inbezug auf die jugendenden Verhandlungen den alleinigen Stein des Anstoßes gebildet hätte. Das aber trägt — leider — nicht zu.

Da ist noch ein Schwermut, das auch „ein Wort mitzuführen hat“ und dessen eigenartiges Verhalten die ersehnte Ruhe nicht auskommen läßt. Wir meinen den Geldmarkt. Um den heimischen Geldmarkt, schreibt die „Kölner Volkszeitung“, „ist es nach wie vor sehr merkwürdig bestellt, was gegen man in London und in Paris wieder mit Lebhaftigkeit über die Wertpapiermärkte hinweg genommen ist. ... Und aber wurde Geld am kurze Zeiten sehr teuer, weil sich jedermann nicht auf lange Zeiten festlegen wollte, sondern baldige wechsellagige Erleichterung ersehnt“. Tatsächlich war eine solche Erleichterung, eine Besserung bereits eingetreten. Auch hier trägt sich der Frühlings einfließen zu wollen, und die Worte sang zeitweilig eine gemäßigtere Auffassung und Beschränkung zur Schau. Da stellt sich als ausgesprochen „Spielverberber“ das „teuer“ Geld ein und hat einseitige „Pump“-gedanken. Und eine Reihe großer Gesellschaften und viele Gemeinden hat das böse Beispiel angefaßt, durch deren Schritte man auch der Gewinne an den bösen Monaten keine merkwürdige Spur sieht. Was aber Reich und Staat sich leisten, könnte einen inwieweit machen. Da ist die „erleichterliche“ Rede von neuen Anleihen im Gesamtwerte von 650 bezw. 850 Millionen RM. Hiermit schwingt sich die fundierte Staatskasse des Reiches und der Bundesstaaten auf die höchsten (wegen der neuen Zahlen) anstehende Höhe von 1660000000 RM. Darunter sind ausserdem 7 Milliarden RM. Eisenbahnkredit. Von der Staatskasse erstehen 3633 Millionen RM. — darunter 2086000000 RM. Eisenbahnkredit — auf das Reich, während Preußen, das 2987016000 RM. in Eisenbahnen ausgelegt hat, mit unverwundlicher Sicherheit keine 8 154 616 000 RM. Schulden tragen wird. Mit der Schuldenaufnahme — das ein Reibet hoch zur Höhe kommen! — Leuchtet notwändig

auch der Zinsdienst entsprechend empor und zwar durch die Anleihen im laufenden Jahre um etwa 50 Millionen RM. pro Jahr.

Wenn bei dem hühnen Aufstieg auf diesen Goldgleiter nicht der Atem ausgegangen, der folge uns weiter auf unserm Frühjahrsausflug. Nachdem wir so etwas umschau gestalten, wollen wir uns von kühnen Führern die „Segen“ und was aus ihr zu erhoffen, mit großen Entzücken stillzieren lassen. Da legt sich die „W.-W.-Ztg.“ in einem Situationsbericht über den Eisenmarkt vernemen: „Die Situation nähert sich dem Tiefpunkt, sie erinnert in vielfacher Beziehung an die schlechtesten Zeiten von 1900 und 1901. Die Beschäftigung ist schwach, die Betriebe sind nicht mehr voll aufrecht zu erhalten, es müssen Feuerlöcher eingelegt, die Arbeitszeit und die Löhne verkürzt und das Arbeiterheer reduziert werden. Trotzdem muß noch ein gut Teil der Produktion auf Lager gehen ... Die Preisbewegung nach unten scheint noch nicht abgeschlossen zu sein ... Die Aussichten für die Zukunft sind trübe und die Hoffnungen auf eine Besserung in diesem Jahre ist gering. Abgabende industrielle Kreise im Inlandbezirk glauben nicht daran, und es ist auch nicht ersichtlich, auf Grund welcher tatsächlichen Vorgänge diese Besserung sich vollziehen soll. Hat doch in der heimischen Industrie der eigentliche höchste Geschäftsengang erst seit zwei Monaten eingesetzt.“ Was sagt uns da die hühnen Frühjahrsphantasie! Das es noch so früh sei, um mit Umland anzukommen: „Aha, armes Herz, vergiß die Dual — was muß sich alles, alles wenden.“ das trübten wir ja und hatten Zeit und Notizen noch fein sauberlich zurückgelegt. Aber so schwarz! Nein — wo soll das hinaus? Da holen wir uns lieber bei dem allgemeinen Herrn Kirodof Reiz, dem Vorsitzenden des Kohlenindustriellen und Generaldirektor der Reichsgesellschaft deutscher Bergwerksvereine, Schaller Straube und Hüten, Kuchener Hüte Note Erde pp. Der hat nun allerdings auch gesagt, das Geschäft in Holzgang und Eisenbahnmateriale lasse viel zu wünschen übrig und auf dem Hoheisenmarkt und in Norrmeeien liege es sogar sehr trübe. Andererseits aber bemerke er, die Beschäftigung besonders in der Holzindustrie und der Drahtherstellung habe sich in letzter Zeit etwas gehoben. Und weiter meinte er, der Zeitstand in der Eisen- und Stahlindustrie sei wohl schon überstanden. Die vom Kohlenindustriellen behauptete 15 prozentige Einschränkung der Holzindustrie und 30 prozentige der Stahlindustrie würde wohl nach Ablauf des Monats April

nicht mehr notwendig sein. Anlaß zu besonderer Schwärzerei liege also nicht vor.

Da klingt doch wenigstens etwas die Hoffnung durch. Die erste Schwalbe — die freilich noch lange keinen Sommer macht. Wenn es sich vielfach auch nur um persönliche Ansicht handelt, so ist bei einem Beurteiler wie Kirodof doch auch die persönliche Ansicht beachtenswert. Doch, halten wir uns an die Tatsachen und lassen wir uns von ihnen eine Beschreibung geben. Da hat Wiener im „Tag“ eine Kurzkurve abgehalten und die Höchstempfehlungen vom 31. Oktober 1905 („wo die Kurve im allgemeinen ihren höchsten Stand während der letzten Aufwärtsbewegung eingenommen hatten“), 2. Januar 1907, 30. Dezember 1907 und 31. März 1908 einander gegenübergestellt. Er kommt dabei zu dem Schlusse, daß die Kurve diejenigen de savouiere (verleugne), die es sich an der dem früheren Aufstieg gefolgte Verschlechterung der Konjunktur nicht genügen lassen wollten und sich an der Ankündigung eines großen Zusammenbruchs für den Anfang dieses Jahres verunsicherten“. Nach einer gedrängten Einzelwertung der verschiedenen Kurzgruppen schließt Wiener: „Nach alledem darf behauptet werden, daß die Verhältnisse an den Börsen davon entfernt sind, zu bezweifeln auszufallen, wie ihnen das eine Zeitlang in Aussicht gestellt worden war. Freilich erscheinen sie auch aber durchaus noch nicht in einem günstigen Lichte. Die weitere Entwicklung wird vernünftigerweise in einer einflussreichen nur mäßigen Besserung bestehen. Auf manchen Industriezweigen, vor allem auf dem Eisenwerke, lastet noch ein starker Druck. Und am Geldmarkt ist eine Erleichterung bis zu dem Grade von ehemals nicht so bald zu erwarten. Die Auffassung, daß zwar zu einer pessimistischen Beurteilung der Situation kein Grund gegeben ist, aber auch die Hoffnungen auf Besserung sich in bescheidenen Grenzen bewegen sollten, haben die Bestimmungen unserer großen Unternehmen, eine Anzahl von Bankdirektionen, wie der Vorstand der Reichsgesellschaft Bergwerksvereine in ihren jüngst stattgefundenen Generalversammlungen und eben auch der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller ... bedenkenwert zum Ausdruck gebracht.“ Wir wollen's angesichts alles dessen halten wie es eben und trostigen Mutes mit dem Dichter singen: „Blas nur, ihr Stürme, blasst mit Macht, uns soll darob nicht bangen! Auf leisen Sohlen über Nacht kommt doch der Lenz gegangen!“

handeln mit den Arbeitern mit dazu beiträgt, daß eine Verständigung herbeigeführt wird. Die organisierten Arbeiter wollen aber noch mehr wissen für die Zukunft, daß möglichst bald auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin von Gewerkschaft und Umgebung der Organisation zugeführt wird.

Den Kollegen und Kolleginnen, die stets den Versammlungen fernbleiben, möchten wir aber noch zu rufen: Das Beitragszahlen allein wird niemals uns vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen schützen. Soll es hierzuland nicht noch zu größeren Folgen kommen, dann legt den alten Schlarbian ab. Versucht regelmäßig die Versammlungen, nur da werdet ihr von allen Vorankommnissen genau unterrichtet.

Aus unserm Bezirk.

Nach dem Oberbergischen. (Bezirk: Sarmen-Eibersfeld.)

Eine Besprechung der Ortsgruppen- und Geschäftsverbände sämtlicher Berufsgruppen des oberbergischen Landes fand am Sonntag, den 12. April in Hirschbrück statt. Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch im industriereichen Oberbergischen immer mehr Anhänger findet und trotz aller Verhinderungen von Seiten der Unternehmer, verschiedener Behörden und anderer „Arbeiterfreunde“ nicht mehr aufzuhalten ist. Obgleich die Arbeitsverhältnisse teils sehr traurige sind, ist es sehr schwer, die Arbeiter für die Gewerkschaft zu gewinnen. Dazu kommt, daß einzelne Unternehmer mit den brutalsten Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterorganisationen vorgehen. So wurden die Arbeiter der Firma Vinden u. Co. in Friedenthal, welche es gewagt hatten, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, ausgesperrt. Sechs Monate währte der Kampf um das Koalitionsrecht; doch die Arbeiter blieben Sieger. In anderen Ortsgruppen wurden die Vorwissen und Vertrauensleute gemahnt, so die Metallarbeiter in Ruppertsroth und die Steinarbeiter in Wiedl. Andere „gute Freunde“ suchten den Scharfmachern Handlangerdienste zu leisten, indem sie die Arbeiter konfessionell zu verheizen suchten und mit den alten Verleumdungen und Märchen von Zentrums- oder christlich-sozialen Gewerkschaften — je nachdem die Arbeiter in der großen Mehrzahl evangelisch oder katholisch waren — hauffieren gingen. Hilft alles nichts, der Gewerkschaftsgedanke bricht sich Bahn! Entschlossene Fortschritte haben besonders die Textilarbeiter in letzter Zeit zu verzeichnen. So wurden in den Ortsgruppen Engelskirchen, Osbergshausen und Derschlag allein durch die Hausagitation zusammen etwa 170 Mitglieder gewonnen. Um nun einen engeren Zusammenschluß der verschiedenen Ortsgruppen herbeizuführen, damit die Agitation einheitlicher durchgeführt werden kann, wurde die Gründung eines Bezirkskartells beschlossen. Eine Kommission wurde mit den nötigen Vorkarbeiten beauftragt. Wenn die Delegierten die praktischen Winke, welche ihnen mit auf den Weg gegeben worden sind, befolgen, wird die Besprechung gute Früchte zeitigen. Tausende von Arbeitern sind in dem an Naturschönheiten so reichen Oberbergischen für die christlichen Gewerkschaften noch zu gewinnen. Hart wie das Gestein dieser Berge ist der Boden, welcher zur Aufnahme der Gewerkschaftsfähigkeit bearbeitet werden muß. Sollen aber die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser werden, so muß diese Arbeit geleistet werden. Je mehr Kollegen und Kolleginnen sich bereit finden, diese Arbeit zu leisten, um so leichter wird sie dem einzelnen und um so eher werden wir die Früchte unserer Arbeit ernten können. Keiner darf absteigend stehen, jeder muß Hand an's Werk legen. Mithilft sie auf, die schlafenden Arbeitermassen, tragt Aufklärung in ihre Reihen, zeigt ihnen, wie sie ihre traurige Lage bessern können! Jeder werde ein Agitator und unser wird der Sieg!

Aus dem Elsaß.

Ein Abblauen der Konjunktur macht sich, wie in andern Textilbezirken, auch hier im Elsaß seit einiger Zeit bemerkbar. Aus verschiedenen Orten sind Vertriebsbeschränkungen zu verzeichnen. In Mülhausen ruht seit einigen Wochen bereits der Betrieb in den Kammgarnspinnereien samstags völlig. Zeitweise erhielten die Arbeiter die Hälfte des Lohnausfalls ersetzt. Auch in der Kammgarnspinnerei Erstein wird seit dem 25. Januar und in der Kammgarnspinnerei Graß in Sennheim seit etwa vier Wochen samstags nicht mehr gearbeitet. In ersterem Betrieb erhalten die Arbeiter ebenfalls seit dem 14. März die Hälfte der Tagelohnsätze vergütet. In Sennheim hat außerdem ein weiterer Betrieb die Arbeit ruhe am Samstag bereits angekündigt. Auch aus St. Ludwig, Gebweiler, Sulz, Bühl und St. Kreuz wird gemeldet, daß einzelne Betriebe teils seit längerer, teils seit kürzerer Zeit ihre Arbeiter samstags nicht beschäftigen. In Karlsruhe wird in den mechanischen Betrieben, die zeitweise eine Betriebsbeschränkung vorgenommen hatten, jetzt wieder voll gearbeitet. Uebel dran sind unsere Kollegen in Röhreweiler (Unter-Elsaß), die fast alle bei den Firmen Neue Tuchmanufaktur und Käffliche Tuchfabrik in Büschweiler beschäftigt sind. In beiden Betrieben beträgt die Arbeitszeit seit Monaten bloß acht Stunden pro Tag, dabei arbeiten Spinner und Weber nicht selten nur 3-4 Tage in der Woche.

Das Abblauen der Konjunktur macht sich aber auch noch nach einer andern Seite hin bemerkbar, nämlich bezüglich des zur Verarbeitung gelangenden Materials und der Behandlung der Arbeiter. Die Klagen über schlechtes Material, rigorose Strafen und skandalöse Behandlung der Arbeiter nehmen zu. So manche der unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erfahren jetzt an eigenen Leib wieder die Wahrheit des Sprichworts: Wer nicht hören will muß fühlen! Möge ihnen bei dieser Gelegenheit durch unsere Kollegen und Kolleginnen ihr eigenes Schuldkonto an diesen Verhältnissen recht deutlich zum Bewußtsein gebracht werden; vielleicht dämmert endlich doch manchem.

Einzelne Betriebsleitungen hatten jetzt auch den günstigen Moment für gekommen, die alte Fehde gegen die Organisation wieder aufzunehmen. Mögen sich unsere Kollegen durch gelegentliche Provokationen nicht einschüchtern lassen. Gerade der jetzige Augenblick beweist wieder unbedeutend klar die Notwendigkeit einer festestützten Organisation. Euchen wir unter Berücksichtigung der nötigen Verkürzung diese Erkenntnis mehr und mehr auch den noch

fernstehenden Arbeitern und Arbeiterinnen beizubringen.

In Kapfoldsweiler beschlossen unsere Kollegen in der Mitgliederversammlung vom 8. März, einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf. zu erheben. Die Mitglieder sind verpflichtet, denselben regelmäßig zu entrichten. Die Anzeichen der Geschäftsklage machen sich bei uns weniger bemerkbar. Den Textilarbeitern wurden sogar Dank der Initiative unserer organisierten Kollegen in letzter Zeit bemerkenswerte Lohnaufbesserungen zugebilligt. Diefelben gehören nun nahezu vollständig unserm Verbände an.

In Jüngerzheim hat sich die Zahl unserer Mitglieder innerhalb Jahresfrist erfreulich erwiesen vergrößert. Trotz aller stillen und offenen Gegner unserer Sache wird sich dieselbe auch weiterhin entwickeln, dafür bürgt die Rührigkeit und der Eifer der hiesigen Kollegen. Um das durch den schlechten Geschäftsgang verminderte Einkommen unserer Mitglieder laufkräftiger zu gestalten, tragen sich letztere mit dem Gedanken, Einkaufs- resp. Rabattgenossenschaften für die wichtigsten Bedarfsartikel zu gründen. Zu diesem Zweck wurden hier, wie auch in Lürchheim, Versammlungen vorgenommen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

In Volmar herrscht unter unsern Mitgliedern immer noch der alte Schlarbian. Der Besuch unserer letzten Mitgliederversammlung war mangelhaft. Nach einem Vortrat des Kollegen Wolf über „das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis“ kamen verschiedene wichtige Punkte zur Beratung, u. a. wurden zwei Vertrauensmännerkontrollen gewählt. Der schlechte Geschäftsgang macht sich auch hier bereits fühlbar. Die Arbeiter klagen recht lebhaft über schlechtes Material und dergleichen. Nennenswerte Betriebsbeschränkungen sind indes bis jetzt noch nicht zu verzeichnen.

Im Münlertal hält die Furcht und die Scheu vor den allmächtigen Textilgewaltigen die Arbeiter immer noch von der Organisation zurück. Abgelehnt, ergeben sich viele resigniert in ihr Schicksal. Es ist noch nicht abzusehen, wann endlich eine lebenskräftige Bewegung der Arbeiter mit den tieftraurigen Verhältnissen endgültig aufräumen wird. Wie groß noch das Abhängigkeitsverhältnis und die Rückständigkeit der Arbeiter sind, beweist nachstehende Erklärung, die im „Voten vom Münlertal“ erschien:

„Die Arbeiter der Weberei August Stephan in Breitenbach sehen sich veranlaßt, folgende Erklärungen öffentlich abzugeben:

- 1) Es ist unrichtig, daß es „keinem Arbeitgeber im Münlertal“ eingefallen sei, in den verflohenen Jahren guten Geschäftsganges (1906 und 1907) Lohnaufbesserung zu gewähren.“ Dies ist vielmehr bei zwei Firmen geschehen.
- 2) Es ist ein Eingriff in unsere Rechte, wenn irgend jemand, ohne hierzu von uns allen ermächtigt zu sein, Schriftstücke „naamens“ oder „im Auftrag der Arbeiter“ unterzeichnet.
- 3) Durch gedruckte Behauptungen seitens des Verbandes der deutschen Textilarbeiter sind wir in unseren Interessen in empfindlicher Weise geschädigt worden.
- 4) In Druckfachen des Verbandes der deutschen Textilarbeiter ist manches enthalten, das als maßlose Verhöhnung zu bezeichnen ist.

Breitenbach, den 27. März 1908.

Folgen sämtliche Unterschriften. Wie derartige Erklärungen zuzukommen, weiß man ja. Hoffentlich kommt auch noch der Tag, an welchem sich die armen gedrückten Textilproleten unseres Münlertales aufrufen und man ihnen derartiges nicht mehr zu bieten wagt.

Erfolg der Hausagitation.

M.-Gladbach-Waldhausen:	4 Kolleg.	3 Kolleginnen.
Engelskirchen:	10 „	24 „
Osbergshausen:	19 „	18 „

Berichte aus den Ortsgruppen.

Sarmen. Obgleich wir unsere Mitglieder durch Stempelabdruck auf den Zeitungen und durch Verteilen von Handzetteln eingeladen hatten, war die Mitgliederversammlung am 28. März nicht gut besucht. Kollegen und Kolleginnen, wie stets mit der Bildung und Schulung? Glaubst ihr, die Versammlungen schwächen zu können? Wir denken anders. Nachdem die Tagesordnung erledigt, referierte Kollege Pösch über die „Kreuzfelder Ausperrung“. In einstündiger Rede wurden Ursachen, Zustandekommen und Verlauf der Ausperrung geschildert. In der Diskussion wurde das Fehlen so vieler Mitglieder lebhaft beklagt.

NB. Die nächste Versammlung findet Samstag, den 25. April statt und erwarten wir das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen, besonders derjenigen, welche letztes Mal fehlten.

Buchholt. Nachmalig treten die organisierten Passierer und Andreeher an die Öffentlichkeit, um einige Vorwürfe, die oft von unorganisierten Lagefahrern gegen den Verband erhoben werden und die letztere veranlassen, eine Sonderorganisation ins Leben zu rufen — auf ihren reellen Wert hin zu prüfen. Nachdem nach der Sonderbündler Meinung die organisierten Passierer und Andreeher sich im Irrtum befinden, wenn sie meinen, „der Verband wolle ihre Interessen vertreten“, wird zuerst auf die damalige Lohnbewegung der Firma Frentropp u. Cie. hingedeutet, wo ein Auszubijungsmitglied die blöden Worte gesagt haben soll: „Das die faule Bande in Alford arbeiten, dann verdient sie noch einmal so viel.“ Wenn diese Worte gefallen wären (woran wir aus berechtigten Gründen zweifeln), so muß doch bedacht werden, daß nicht ein Arbeiter, sondern die Gesamtheit die Organisation bildet. Dann wäre es Pflicht der Passierer und Andreeher gewesen, dieses dem Vorstande mitzuteilen. Aber ist das ein Grund, der Organisation fernzubleiben? Von gegnerischer Seite sind auch schon Vorwürfen gefallen, die nicht als bare Münze in Kauf genommen, aber doch am liebsten für „blöde Worte“ erklärt worden wären. Die Behauptung, „der Verband sei nur für die Weber“, fällt in sich selbst zusammen, wenn man in Betracht zieht, daß in einer Firma damals mit Hilfe des Verbandes auch für die Passierer Verbesserungen erreicht wurden. Das sich der Verband bisher mehr auf Seiten der Weber gehalten hat, liegt hauptsächlich daran, daß letztere mehr organisiert sind. Sind die Passierer vollständig organisiert, dann wird es ein Leichtes sein, aufgestellte Taxen durchzusetzen. In Buchholt sind ungefähr 100 Passierer beschäftigt. Davon sind 1/3 Tagelöhner und 2/3 Alfordarbeiter. Der Lohn der im Tagelohn arbeitenden Passierer schwankt zwischen 2 bis 2,70 Mk. täglich. Wird mal in einer Weberei etwas mehr gezahlt, dann muß der betreffende Arbeiter mehrere Arbeiten z. B. Knämen, Scheren usw. machen. In den größeren Webereien sind die

Passierer und Andreeher in Alford beschäftigt. Die Alfordarbeiter werden nach der Fabrikzahl bezahlt. Für 1000 Fasden werden 30 bis 35 Pf. gezahlt. Soll die Lage der Passierer und Andreeher verbessert werden, dann ist es zunächst Pflicht der Passierer und Andreeher, sich zu organisieren. Von Verbandsseiten muß dann dafür Sorge getragen werden, daß die Alfordarbeit allmählich beseitigt wird.

Dahlhausen. Unsere am 5. April abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls und Revision der Mitgliedsbücher fand die Wahl eines zweiten Schriftführers statt; gewählt wurde Kollege Josua Spiritus. Darauf hielt Frau Niebach-Düffeldorf einen einstündigen, von Humor gewürzten Vortrag über die Stellung der Arbeiterin und Frau zur Gewerkschaftsfrage. Sodann sprach Gewerkschaftssekretär Hamacher über das Thema: „Hat die Textilarbeiterchaft Grund und Ursache, nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu streben?“ Nachdem Redner eingangs die Nachener Verhältnisse früher und jetzt gestreift, unterzog er die Wohlstandsbedingungen verschiedener Firmen einer scharfen, berechtigten Kritik, weil dieselben meist nur den Zweck verfolgten, den Arbeiter in seinem freien Handeln lahm zu legen. Reicher Beifall wurde beiden Rednern zuteil. Einleitend war die Aufnahme dreier neuer Mitglieder.

Greiz. Die Abreise des Kollegen Albin Beer lautet: Greiz, Hohegaße 11. Auskunft wird für unsere Kollegen in allen Fragen erteilt. Auch gelangt dort die Krankenunterstützung zur Ausschüttung.

Winden. Am 4. April d. J. hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab, die für alle Teilnehmer in lehrreicher Weise verlief. Als Ersatz für den verstorbenen Kollegen Kampe ging der Kollege Over als Stellvertreter aus der Wahl hervor. Sodann hielt uns unser Bezirksvorsitzender, Kollege Kamp, einen sehr lehrreichen Vortrag über Vereinsgesetz und Arbeitskammern. An der Hand von Beispielen entlegte sich Referent seines Vortrages in einer sehr verständnisvollen Weise, daß wohl ein Jeder der Beteiligten die Schattenseiten der beiden Vorlagen begriffen hat. Auch die Diskussionsredner, darunter auch einige Kollegen aus Döhren, sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten der Ortsgruppe besprochen waren, erhielt der Kollege Kampe das Schlusswort. Er erwähnte die Versammelten, trenn zum Verband zu stehen und die Interessen desselben zu vertreten.

Teumünster. In der am 5. April abgehaltenen Versammlung erstattete zunächst der Kassierer den Kassienbericht. Die Kasse und Bücher von den Kassieren geprüft und in Ordnung befunden waren, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hieran erhielt Herr Lehrer Harschen das Wort zum Referat über: „Das Streben der Arbeiter um Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage“. In heutiger Zeit, wo alle Stände sich kassieren, wäre es auch für die Arbeiter besonders nötig, sich zusammenzuschließen, um mit vereinten Kräften eine Besserung ihrer Lage zu erstreben. Die Versammlung spendete reichen Beifall. Der Vorsitzende dankte dem Redner besonders für das rege Interesse an unserer guten Sache. Unter verschiedenen wurde die Konsumvereinsfrage weiter besprochen, und wurde eine provisorische Abstimmung darüber vorgenommen.

Osbergshausen. Anschließend an eine Konferenz der Ortsgruppenvorstände fand am 12. April in Hirschbrück eine öffentliche Versammlung statt. Gewerkschaftssekretär Schmeizer sprach über die Notwendigkeit der Einführung eines Gewerbegerichtes für die Kreise Gummersbach-Wipperfeld. Kollegin Kurz aus Engelskirchen legte den zahlreich erschienenen Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Organisation in überzeugender Weise aus. Erfolg: 15 Aufnahmen. Kollegen und Kolleginnen, die Zeit ist günstig, auf zur Agitation!

Werk. Am 5. April hielten wir eine gut besuchte Versammlung ab. Zuerst wurden die Mitgliedsbücher kontrolliert. Die, welche nicht in Händen des Vorstandes waren, sollten von den Vertrauensmännern nachgesehen werden. Kollege Förster stellte den Antrag auf Abhalten eines Gewerkschaftsfestes. Nach gründlicher Diskussion wurde der Antrag angenommen. In der vorletzten Mitgliederversammlung erstattete der Kassierer den Kassienbericht. Kasse, Bücher und Belege waren in Ordnung befunden, weshalb dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. An Stelle des Kollegen Dücker, der sein Amt als Vorsitzender niederlegte, wurde Kollege Nilles, bisher zweiter Vorsitzender, gewählt. Johann Dücker wurde Schriftführer. Der Kassierer, Kollege Dahr, wurde niedergewählt. Kassierenprüfungen wurden die Kollegen Huben und Steep. Nach einigen Dankesworten an den früheren Vorsitzenden fand die Versammlung ihr Ende.

Aus unserer Industrie.

Deutschlands Aufschwung im englischen Lichte. Dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands, dem erfolgreichen Ringen, in dem deutscher Handel und deutsche Industrie sich in drei Jahrzehnten ihre Stellung im Welthandel geschaffen und sich zu England stärkern Konkurrenten aufgeschwungen haben, winnet eines der vorbreitetsten englischen Blätter, die „Daily Mail“, eine eingehende Betrachtung, deren vorurteilsfreier Ton sich bedeutend vom dem unterscheidet, mit dem diese Thema gewöhnlich im Auslande behandelt wird. Im Jahre 1879, als Deutschland sein neues Handelsystem einführt, besaß Großbritannien einen gewaltigen Vorsprung; wir waren ihm überlegen im Handel, in der Industrie und in fast allen Dingen, die ein kommerzielles Prestige ausmachen. Heute ist Deutschland unser entschlossener Stellvertreter im Weltmarkt eingetroffen, allen gewaltigen Vorurteilen trotzend. In diesem schnellen Aufschwung hat das deutsche Reich weder die Hilfe eines günstigen Klimas noch die Vorteile einer besonders glücklichen geographischen Lage auf seiner Seite gehabt. In der Tat, auf diesem barstreckten Wege sind seine Ertragsmehrmittel Zeugnisse von der Tüchtigkeit seines Arbeitswesens und der Klugheit und dem Patriotismus seiner Staatsmänner.“ Angesichts des britischen Vorsprungs erscheint der deutsche Aufschwung dem Betrachter doppelt bemerkenswert; der Engländer zeigt, wie die Hindernisse Stück um Stück überwunden oder umgangen wurden, wie die Auswanderungsziffern — ein Gradmesser für die Lage der Erwerbschancen — in einer Generation trotz stetig wachsender Bevölkerung von 200000 jährlich auf 30000

zurückgegangen sind. Daß diese Entwicklung nicht auf Kosten der Landwirtschaft vor sich gegangen, hat erregt bei den Briten Staunen und Anerkennung. „Obgleich Deutschland das zweite Eisenland der Welt geworden ist, während wir an die dritte Stelle zurückgebrängt wurden, obgleich es heute im Textilmessen die zweite Stelle einnimmt, die zweite in der Schiffahrt, die dritte im Schiffbau und die unbesetzten erste in der chemischen Industrie, hat es seine Landwirtschaft nicht preisgegeben. In der Industrie, im Bergbau und im Verkehrswesen arbeiten 11-12 Millionen Menschen, in der Landwirtschaft 8 Mill. Arbeiter, viertel soviel als in Großbritannien im Landwirtschaftsbetriebe tätig sind, wo die Bevölkerung nur ein Drittel kleiner ist. In Deutschland gibt es heute 5 1/2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe die mehr als 18 Millionen Menschen erhalten. Während wir Briten in der Landwirtschaft zurückgehen und in der Industrie (vom Standpunkt der produktiven Verwendung der Arbeit) kaum von der Stelle kommen, schreitet Deutschland in beiden Zweigen vorwärts. Im Jahre 1895 waren dort 37,5 Prozent der Bevölkerung mit Ackerbau beschäftigt. Jetzt seit später, nach einer Periode gewaltigen industriellen Aufschwungs, waren es immer noch 37,4 Prozent. Nicht der Landwirtschaft bedeutet heute die Eisenzeugung die wichtigste Weltindustrie; in den letzten 25 Jahren ist der Eisenverbrauch der Welt um 250 Prozent gewachsen. Der Bergleib der deutschen und englischen Eisenzeugung ist daher besonders lehrreich. In den Jahren 1875-79 erzeugte England durchschnittlich 6,4 Millionen Tons Hoheisen, Deutschland nur 2,6. 1901 produziert England 7,9, Deutschland 7,8 Millionen Tons, und zwei Jahre später ist Großbritannien bereits endgültig überlagert. 1908 stehen den englischen 10,1 Millionen Tons in Deutschland 12,4 Millionen gegenüber. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht in Deutschland eine allgemeine Erhöhung der Arbeitslöhne, mit denen England nicht Schritt gehalten hat. Von 1887 bis 1900 stieg der Durchschnitt um 26 Prozent, und von da ab beschleunigt sich noch das Tempo der Aufwärtsbewegung. Die Löhne im Schiffbau stiegen von 1880-1900 um 22, die der Maschinenarbeiter um 35 und die der allgemeinen Arbeiter und der Bergleute gar um 50 Proz.“

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Das neue Vereinsgesetz und die christlichen Gewerkschaften. Das Reichsvereinsgesetz ist fertig. Die in der Reichsverfassung festgelegte Bestimmung, daß die Regelung des Vereinsrechts Sache des Reiches sei, ist nach nunmehr 33 Jahren endlich in die Praxis umgesetzt worden. Alle Bestimmungen der Einzelstaaten haben mit dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes (18. Mai) ihre Rechtskraft verloren, und wir haben endlich die so oft geforderte Rechts einheit auf dem Gebiete des Vereinsrechts. Ein welcher Fortschritt hierin liegt, weiß besonders der zu ermessen, der als Agitator für die Arbeiterbewegung unter der Buntschichtigkeit des bisherigen Rechtsverhältnisses zu leiden hatte. In dem Dunkelbunt sich zurechtzufinden war kaum möglich und Bestrafungen waren an der Tagesordnung, ganz besonders noch aus dem Grunde, weil einige Staaten über die denkbar reaktionärsten Gesetze verfügten, die noch aus einer Zeit stammten, wo das Vereinswesen in entferntesten nicht die Bedeutung hatte, wie heutzutage. Heute haben wir die so bitter notwendigen Rechts einheit, für die die Arbeitererschaft jahrelang gestritten hat. Das ist unentbehrlich ein Fortschritt. Aber auch noch in anderen Punkten bietet das neue Gesetz Verbesserungen gegenüber den alten Zuständen. Es fällt das Verbot der Teilnahme der Frauen an Vereinen und Versammlungen. Besonders unser Textilarbeiterverband, der mit weiblichen Personen viel zu rechnen hat, kann diese Veränderung freudig begrüßen. Ist es doch unter dem preussischen Vereinsgesetz vorgekommen, daß Frauen aus den Versammlungen ausgewiesen und Rednerinnen das Halten von Referaten untersagt wurde. So f. B. in Düren, Köln usw.

Dann ist eine Erleichterung in Bezug auf Einreichung von Mitgliedslisten und Anmeldung der Versammlungen eingetreten usw. Wir werden in der nächsten Nummer das neue Gesetz im Wortlaut bringen und die wesentlichen Veränderungen gegen früher besonders hervorheben. Uebrigens erscheint demnach im Verlage des Gesamtverbandes eine Broschüre, die als Führer durch das Vereinsrecht dienen und den Kollegen in ihrer Praxis die notwendigen Fingerzeige geben soll.

Aber es muß bei diesem, wie es in der Regel bei den anderen Gesetzen der Fall war, wieder gesagt werden, daß es die Wünsche der Arbeitererschaft trotz seiner unverkennbaren Fortschritte durchaus nicht befriedigen kann. So, das Gesetz ist durch den Sprachparagrafen mit einer Bestimmung belastet worden, die unter Umständen zu einer gefährlichen Waffe gegen die Gewerkschaften in den Händen einer „schneidigen“ Polizei werden kann. Der genannte Paragraf ist ein schwerer Eingriff in das ohnehin kümmerliche Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Polizei hat es in der Hand, in mit Fremdsprachen durchsetzten Bezirken die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter lahm zu legen. Das ist ein Rückschritt, wie er schlimmer kaum gemacht werden konnte und der den Arbeitern die Freude am Gesetz gründlich vergällt hat. Wohl hat der Minister eine Erklärung abgegeben, dahingehend, daß die christliche Arbeiterbewegung nicht unter dem Paragrafen leiden sollte, und von einem freisinnigen Redner dazu angeregt, sagte er, daß er die Erklärung nicht nur für die christliche Arbeiterbewegung gemeint habe. Aber was ist denn eine Erklärung? Unsere Polizei handelt nach dem Willkürlichen des Gesetzes und pfeift auf Erklärungen, auch wenn sie von Ministern kommen. Das hat die Erfahrung dünkendemale bewiesen. Während z. B. der frühere Staatsminister Pobadowitz im Reichstage seine Freude über die Erstarkung der christlichen Arbeiterbewegung ausdrückte, führte eine Allianz von Unternehmern und Abohrde in Bronau einen erbitterten Krieg gegen die christlichen Gewerkschaften. Das zeigte die Wirkung der Ministererklärung im hellen Lichte. Und übrigens ist Hollweg nicht ewig Minister. Es wird einst ein Nachfolger kommen, der vielleicht anderer Meinung ist als Hollweg. Uns sollen vielleicht die sozial. Gewerkschaften mit dem Paragrafen besonders gepakt werden können? Die Erklärung des Ministers scheint uns diesbezüglich sehr gummiartig zu sein. Wir brauchen uns nicht als Knappen der „freien“ Gewerkschaften zu fühlen, um auf die Ungerechtigkeit einer solchen Absicht hinzuweisen. Ueberdies verzeihen die christlichen Ge-

wirtschaften auf ein Wohlsein, wenn die Ueberzeugung der sozial. Arbeiter in der freien Betätigung gehindert werden soll. Wir wollen das Recht, weiter nichts, aber auch nicht weniger.

Eine unglückliche Bestimmung enthält das Gesetz darin, daß es die Teilnahme von Personen unter 18 Jahren an politischen Vereinen und Versammlungen verbietet. Nun wurden wiederholt auch die Gewerkschaften zu den politischen Vereinen gezogen, ergo dürfen auch die nicht Personen unter 18 Jahren ausnehmen. Man meint die Jugendlichen mit der christlichen Mauer engherziger Gesetze umgeben zu müssen, um sie vor den verderblichen Einwirkungen des sozialen und politischen Lebens zu bewahren. Als wenn man dadurch unsere Jugend vor der Sozialdemokratie absperrn könnte! Um sie vor rote Sozialwasser zu taufen, dafür ist der sozialdemokratischen Partei hundertmal Gelegenheit gegeben ohne politische Vereine und Versammlungen. Aber das der christlichen Bewegung, die zur Aufklärung der Jugendlichen in ihrem Sinne gar nicht die Mittel hat als die Sozialdemokratie, die Erziehungspflicht unter der Jugend erschwert wird zum Schaden einer geordneten Entwicklung der letzteren, das wird die letzte Folge des Paragraphen sein. Daß der lebendige Hauch sozialen Lebens nur ruhig auf unsere Jugend einwirken, unser Volksleben kann davon nur profitieren.

Nun soll die Erklärung des Ministers auch in Bezug auf den Jugendlichen-Paragrafen gelten. Wir trauen, wie schon gesagt, der Erklärung jedoch gar keine fruchtbare Wirkung zu.

Das sind die schärfsten Strafen des neuen Gesetzes. Jedoch ist man auch in manchen anderen Beziehungen den Wünschen der Arbeiter nicht begegnet, fast möchte man sagen „wie gewöhnlich“.

Wir resümieren: das Gesetz hat unverkennbare Fortschritte, es hat jedoch die Wünsche der Arbeiter zu wenig berücksichtigt und bedeutet insbesondere in Bezug auf den Sprachenparagrafen einen schweren Eingriff in das Privatrecht der fremdsprachigen und auch der deutschen Arbeiter.

Das Herbergsches des christlichen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. war bisher, wie auch in so vielen anderen Orten, ein ganz ungetriggtes. Namentlich für die nicht den konfessionellen Vereinen angehörenden hier zugewanderten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften hat sich dies nach verschiedenen Seiten hin als recht lästig erwiesen. Nunmehr aber ist seitens des christlichen Gewerkschaftskartells Frankfurt a. M. mit dem Vereinshaus „Jungmännerheim“, Langstr. 16, ein Abkommen dahin getroffen, wonach die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zum Preise von 50 Pf. per Nacht Logis nehmen können. Seitens der Kartelleitung wurden die Betten und Einrichtung in Augen-Mein genommen und alles sauber und reinlich gehalten. Die Benutzung des Logis kann darum allen Gewerkschaftsmitgliedern nur empfohlen werden. Alle, die das Logis benutzen wollen, lösen sich auf dem Gewerkschaftsbüro, Frierichs-Gasse 13, zum Preise von 50 Pf. eine Logiskarte und geben diese bei der Hausverwaltung, Langstr. 16, ab.

Das christl. Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. D. Schäfer, Vorsitzender.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gibt in Nr. 11 des „Bergknappen“ seinen Jahresbericht für 1907 bekannt. Darnach hat er einseits des Vorstandes vom vorigen Jahre eine Gesamt-einnahme von 1312,382 Mk. Die Höhe der Ausgaben belief sich auf 644,825 Mk. Davon wurden 170,865 Mk. für Krankenunterstützung, 75,540 Mk. an Sterbegeld, 42,543 Mk. an Streikunterstützung ausbezahlt. Ingesamt stellt sich die Summe für Unterstützungen auf 320,168 Mk. Für die Verbandzeitung und sonstige Bildungsmittel wurden 107,354 Mk. für Rechtschutz 65,795 Mk. verausgabt. Den höchsten Anteil als Lokalanteil verbuchen 55,913 Mk. Der Vermögensbestand am 31. Dezember ist 785,858 Mk. Die Zahlen zeigen zweifellos eine recht gesunde Finanzwirtschaft des größten der christlichen Verbände: sie zeigen auch, daß der weitest gestreute Teil der Gewerkschaften den Mitgliedern allein wieder zugute kommt. Hoffentlich werden sich die christl. Arbeiter anderer Berufe die Bergarbeiter als Muster nehmen, und sich ebenfalls starke christliche Organisationen schaffen.

Der christliche Keramarbeiterverband hat im vergangenen Jahr erhebliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist um rund 3000 gestiegen. Die Ausgaben für Streiks betragen circa 40000 Mk. Der Verband hat 62 Wohnbewegungen geführt, von welchen 50 erfolgreich und 12 ohne Erfolg verliefen. Dabei kam es in 18 Fällen zum Streik. Der Abschluß von Tarifverträgen war in 7 Fällen möglich. Nach Versuchen verzeigten sich die Lohnbewegungen wie folgt: Ton- und Chamottefabriken und Tongruben: 18 Bewegungen; davon 14 mit, 4 ohne Erfolg. Bei 3 Arbeitseinstellungen, Töpfereien und Dierfabriken: 6 Bewegungen, alle mit Erfolg; 3 Tarifverträge. 4 Bewegungen führten zum Streik. Hingeländerie: 6 Bewegungen; 4 erfolgreich, 2 ohne Erfolg. Glasindustrie: 19 Bewegungen; davon 16 mit, 3 ohne Erfolg. 4 Streiks; 1 Tarifvertrag wurde abgeschlossen. Porzellan- und Steingutindustrie: 5 Bewegungen, 4 erfolgreich, 1 erfolglos, 3 Streiks. Zementindustrie: 4 Bewegungen; alle mit Erfolg. 1 Tarifvertrag. Kupferindustrie: 4 Bewegungen; 2 erfolgreich, 2 erfolglos, 3 Arbeitseinstellungen, 1 Tarifvertrag. 17 Lohnbewegungen wurden mit andern Verbänden geführt. Zahlreich waren auch die Klagenreglungen, besonders im letzten Vierteljahr, namentlich in der Textilindustrie.

Aus gegnerischen Organisationen. Gelbe Unversichertheiten. Kürzlich hatte es ein Unternehmer gewagt, öffentlich in einer Arbeiterversammlung die christlichen Gewerkschaften gegen Angriffe des Herrn Sammelbein, Sekretär des christlich-sozialistischen Arbeitsvereins für das Baugewerbe, in Bezug zu nehmen. Besonders wies dieser Arbeitgeber darauf hin, daß mit den „Gelben“ keine Tarifverträge abgeschlossen werden könnten, daß diese Gesellschaft überhaupt nicht in Betracht kommen könne.

Die durchaus jochischen Ausführungen haben dem „gelben“ Ritter von Seldegg, das größte Haupt der „Gelben Arbeiterpartei“, auf den Plan gerufen. Seitdem dieser Ritter aus der Fremde“ in Stuttgart nicht ganz auf seine Knieung gekommen zu sein scheint, hat er mit seinen Ideen auch unser Volk

land beglückt und sein Domizil in Stuttgart genommen. Gegenüber seinen ähnlich gesinnten Freunden zeichnet sich dieser Herr vor allem dadurch aus, daß er denselben mindestens um 100 Prozent inbezug auf Unversichertheit voraus ist und geradezu mit Synismus seine „gelbe“ Flagge überall aufzupflanzen versucht. Aus der geistigen Werkstatt dieses Herrn nun ging der Redaktion eines Blattes, das obigen Artikel aufzunehmen „gewagt“ hatte, folgender Ergruß zu, von dem uns von freundlich gesinnter Seite eine Abschrift zugehellt wurde:

„Selbe Arbeiterpartei (Sektion Stuttgart). Stuttgart, den 19. März 1908.

In die Redaktion der „Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe.“

„Selbständiger Werkmeister.“

In Nr. 11 Blatt 2 der „Arbeitgeberzeitung“ für das Baugewerbe“ haben Sie einen Artikel Aufnahme gewährt, wie man sie nur in der Revolverpresse niedrigerer Sorte zu finden gewohnt ist. Darin gibt einer Ihrer „Korrespondenten“ unter dem Namen: Schirmer, seiner jenen christlichen Galunnegegnung in betreffend Vorwurf, daß es ganz unvernünftig ist, wie eine Arbeitgeberzeitung derartiges aufnehmen könnte. Wir nennen Ihren Korrespondenten hier mit öffentlichem Namen und werden dies in der nächsten Nummer unserer Zeitung zum gebührenden Ausdruck bringen, weil er ein Galunne ohne jeden Beweis derartige niederträchtige Verleumdungen gegen jemanden verbreiten kann, den er gerührt oder nur aus sozialdemokratischen Gründen kennt. Obgleich die roten Exkommunikation des selben Führers 3. März in Brief gerichtl. beurteilt wurden, wagt Ihr Korrespondent es, diese Verleumdungen noch zu veröffentlichen. Rastlos nur, weil er in seiner Feindschaft den Herrn Seldegg nicht belangen will. Das ganze Geschehen Ihres Korrespondenten kenne ich nicht auf niedrigerer Stufe stehenden sogenannten christlich-nationalen Fanatiker, der mit bewußten Lügen nur so um sich wirft.

Indem Sie diese von Ihrem Korrespondenten der sozialdemokratischen Presse entnommenen Niederträchtigkeiten, und als solche für jeden Denkenden sofort erkennbaren Verleumdungen aufnahmen, hat Ihre Blatt sich auf die unterste Stufe der Heerpressen gestellt, wenn nicht unterste Stufe vorliegt. Wir werden dafür sorgen, daß die Heerpressen sich dieses Blattes in den Arbeiterkreisen bekannt wird, die sich weder von der Sozialdemokratie, noch vom Zentrum sanftmütiger lassen. Wir verstehen den Satz für katzenartige Doppeltatler vorteilhaft erscheinen mag, einer aus momentanen tatsächlichen Gründen Anknüpfungstheorie heuchelnder Arbeiterorganisation, wie es die christlich-nationalen ist. Vorwärts zu wirken. Nur gänzlich unerschrockene Leute sind heute noch darüber im Zweifel, daß die sogenannten „christlich-nationalen Arbeiterverbände“ mit völlig sozialdemokratischen Ansichten versehen sind, obwohl diese Führer ihnen nichts Berufstätiges bieten und sie kein soziales Programm haben. Wie konnte Ihr Blatt dem Korrespondenten erlauben, einen so pyramidal hornernten Satz zu schreiben, wie: „Die Gelben stammen aus Frankreich.“ Dieser Satz müßte genügt haben, um einen bedeutenden Redakteur Ihres Blattes auf die Niederträchtigkeit des Artikelabschreibers aufmerksam zu machen. Welcher deutsche Werkmeister kann aus Frankreich? Oder haben Sie etwa die Prätention, alle vom Auslande kommenden Ideen, Erfindungen u. s. f. nicht nach Deutschland paßend zu erklären. Schüsses Artungszeugnis für Sie und Ihren Artikelabschreiber. Ja, die ersten deutschen Gelben haben den Franzosen die hohe Idee entnommen, daß deutsche Industrie, deutsche Arbeiter und Arbeiter zusammengehören soll, nicht amerikanischen und sonstigen Bankrottisten; und daß dazu durch Anknüpfung der gelben Arbeiterverbände am Kapital der Gehalts der Anfang gemacht werden muß. Die Gelben, welche in Frankreich wie in Deutschland schon längst nichts mehr als den Arbeitswilligen von 1900 zu tun haben, wollen das Kapital und den Besitz „demokratisieren“, d. h. ihn im Volk mit allen Mitteln verteilen, um so dem Privatigentum wieder zu einer Berechtigung zu verhelfen, die es bei der fortschreitenden Konzentration täglich mehr verliert. Das ist das aus Frankreich Importierte, ebenso wie die Idee der Demokratie in politischer Hinsicht von Frankreich importiert wurde, wie Ihnen vielleicht bekannt. Schließlich fragen wir noch an, ob Ihnen die bei allen „christlichen“ Feilschenden überragende Entschiedenheit der Sozialdemokratie, mit welcher auch Ihr Artikelabschreiber schreibt, auch nicht aufgefallen ist, wozu eine Bewegung, die christlichen hätten mit den roten nichts gemein, Sägen gestrickt wird? Sie werden sich vielleicht hinter Unparteilichkeit verbergen. Aber ein Unparteilicher verbreitet keine Lügen, Verleumdungen, besonders nicht so auffälliger dummer Art.

Wir schließen mit geistvoller Haltung!
Selbe Arbeiter-Zeitung.
(Name unleserlich.)
Stuttgart, Kolhr. 4c.

Gegen diesen Jargon ist der „Samherdentum“ der „Leipz. Volkstz.“ noch die schönste Salonsprache. Nun werden die Arbeitgeber doch wohl bald eine Ahnung davon bekommen, welche „edle Sippe“ sie sich in den „Gelben“ erwählen. Die Unternehmer fragen so oft über die Annäherung der Gewerkschaften, aber was hier geboten wird ist einfach eine Unversichertheit, die ihren Glanz kaum finden wird. Nach der Methode, die die „Gelben“ vorziehen, werden die Unternehmer lange müssen. Nun ja, vielleicht ist das die beste Lehre.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine deutsche Konferenz von Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine und evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften (s. IV.) hat am 22. März in Wien stattgefunden. Mehr wie 60 Delegierte aus Österreich und Böhmen waren erschienen. Es sprachen Gewerkschaftssekretär Oberdorfer-Liebenow über das Thema: „Was ist zu tun, um die evangelische Arbeiterbewegung in erhöhtem Maße für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen?“ und Gewerkschaftssekretär Gaudig-Walpin (Saar) über Reformziele der evangelischen Arbeitervereine. Diese Rednerberichterstattungen“ haben, wie letzterer Redner u. a. ausführte, den Vorteil für unsere christlich-nationalen Arbeiterbewegung gehabt, daß sie zwischen evangelischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften stand, bezeugt haben. In der Gewerkschaftsfrage zeigte man durch andere Stellung an der evang. Arbeitervereinsfrage. Mit der unklaren Stellung gegenüber den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften müßte Schluss gemacht werden. Da diese Gewerkschaften des christlichen Stillsitzens aus dem christlichen und wirtschaftlichen Leben herauszubringen beabsichtigt sind, so würden sich die evangelischen Arbeitervereine selbst entscheiden, wenn sie dem Antrag der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften nachgeben und ihren Mitgliedern den Beitritt zu ihnen ermöglichen würden.

Christliche Weltanschauung, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Sammelpunkte gab, fehlte bei den Kirch-Dunderschen ...

Kirch-Dunderschen Ideen in den evangelischen Arbeitervereinen Widerhall, dann wird dies zu einer religiösen Verflachung derselben führen. Wenn jetzt in der jüngsten Zeit in Duisburg, Dortmund und Unterbaden von evangelischen Arbeitervereinen offen Bündnisse mit den Kirch-Dunderschen abgeschlossen werden, so ist dies Verfahren der beste Weg, um den Gesamtverband zu sprengen.“

Die Debatte über beide Referate war sehr lebhaft. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Gutjahr schloß die prächtig verlaufene Konferenz mit dem Wunsch, daß die christlichen Gewerkschaften wie auch die konfessionellen Arbeitervereine, inmitten mehr erstarkten müßte.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Die Strafbestimmungen im Reichsvereinsgesetz-Schwurgesetze waren schon verschiedentlich Gegenstand lebhafter Besprechungen. Auch in der Reichstagskommission wurden diese, die schwere Bedenken geräuert. Bei dieser Gelegenheit betonte Staatssekretär von Bethmann-Hollweg, daß die Strafbestimmungen nur mit möglicher Milde zur Anwendung gelangen sollten. Es hat jedoch den Anschein, als ob in verschiedenen Gegenden Preußens, solange noch das Landesgesetz besteht, Strafen gegen dieselben mit besonders scharfen Strafen gebahrt würden. So erhielt der Vorsitzende der Fachstelle Bonn des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter einen amtlichen Strafbescheid in Höhe von 30 Mk. auf 6 Tage Haft, weil unter seiner Leitung eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung in einem anderen Lokale, als dem polizeilich angemeldeten, tagen mußte. Durch ein Versehen oder Verschulden des Vorsitzenden war das bislang benutzte Lokal anderweitig vergeben worden. Da die Versammlung nur verhältnismäßig wenige Besucher zählte und auch die Lokalbehörde, falls sie eine Ueberwachung derselben für zweckmäßig erachtete, ohne jede Schwierigkeit das Tagungsort hätte finden können, muß die Höhe der Strafe als eine hohe erscheinen; zumal der von ihr Betroffene noch nie in seinem Leben mit Polizei und Staatsgewalt in Konflikt gekommen ist. Derartige Bestrafungen sind kaum dazu angetan, zu erhoffen, daß die Strafbestimmungen des konformen Reichsvereinsgesetzes mit möglicher Milde angewandt werden. Dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes entsprechen sie sicher nicht.

Soziale Wahlen.

Die Arbeitervertreterwahlen zur allgemeinen Ortsliste in Düsseldorf endeten mit einem Siege der „freien“ Liste, wie auch nicht anders vorauszu-sehen war. Die Liste des Ausschusses für soziale Angelegenheiten bekam nur 974, die der Sozialdemokraten 3106 Stimmen. Unstreitig wäre das Resultat für die christlichen Arbeiter günstiger gewesen, wenn von dieser Seite eine intensiver Agitation hätte gemacht werden können. Aber die Möglichkeit war nicht vorhanden. Die Klasse war auch bisher in den Händen der Roten, und die brachten es tatsächlich fertig, die christlichen Korporationen mit den Wahlen förmlich zu überrumpeln, indem sie erst 14 Tage vor dem Statistiken die Wahlen ausgeschrieben, woyhingegen sie schon seit langer Zeit die notwendigen Informationen hatten und mit den Wahlvorbereitungen in aller Stille zu Werke gehen konnten. Diese unehrliche Manipulation der Genossen ist ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit einer christlichen Vertretung in den Kassen.

Das innerhalb 14 Tagen in einer Stadt wie Düsseldorf, die räumlich weit ausgedehnt und wo der Apparat, der bei Wahlen in Bewegung gesetzt werden muß, ein ziemlich großer ist, keine genügende Agitation für Wahlen zu einer Klasse mit 33-38 000 Mitgliedern gemacht werden kann, ist natürlich. Die Roten brauchen auf ihren Sieg darum gar nicht stolz zu sein. Auch sie haben in Betracht der ... sie günstigen Umstände sehr schlecht abgeköhmt.

Jannerhain hätte die Stimmengahl der christlichen Arbeiter eine höhere sein können, wenn in den maßgebenden Körperlichkeiten alles geklappt hätte. Aber das war nicht der Fall. Die Düsseldorf Kollegen haben durch die Wahl gelernt, daß man sich nicht überbumpeln lassen darf, daß man eben für alle Eventualitäten vorbereitet sein muß. Der Ausgang der Wahl hat bereits zu einer gründlichen Gewissenserforschung im Düsseldorf Kartell geführt, und die Roten dürften sicher sein, daß bei späteren Wahlen die Sache für sie „wimbiger“ sein wird. Die Wahlen fanden am 15. und 16. März statt.

Allgemeines.

Ueber die Forderungen der Arbeiter in Bezug auf das prähistorische Einkommensteuergesetz berichtet uns in der letzten Nummer, daß ein Regierungskommissar recht ungünstige Ausichten für die Petitionen und Resolutionen der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine eröfnete. Nun kam die Angelegenheit am 4. und 6. d. M. im Plenum des Abgeordnetenhaus zur Verhandlung. Anah dazu gab ein Antrag des Zentrumsausschusses Dr. Hüpe, dahingehend, daß weitere Steuerermäßigungen vorgeesehen werden, namentlich, daß der pro Kopf abzugsfähige Betrag von 50 Mk. wesenlich erhöht und die Zahl der Familienangehörigen in weiteren Kreise berücksichtigt wird. Im allgemeinen fand der Antrag im Hause Anklang. Selbst seitens des Regierungskommissars wurde erklärt, daß zu erwägen sei, ob nicht der Betrag von 50 Mk. für jedes Kind erhöht werden müsse. Auch sonst klang die Erklärung des Herrn Hüpe ziemlich entgegenkommend. Seitens der Begründer des Antrags Hüpe wurde erklärt, der abzugsfähige Satz von 50 Mk. entspricht den heutigen Verhältnissen nicht mehr; richtiger sei es, denselben auf 150 Mk. zu erhöhen. Der Ausfall mußte jedoch werden durch eine stärkere Heranziehung der höher besteuerten Klassen. Auch die Steuerfreiheit dürfte nicht bei einem Einkommen von 900 Mk. enden, sondern müßte bis auf 1200 Mk. ausgedehnt werden. Schließlich wurde der Antrag Hüpe der Regierung zur Berücksichtigung, die vorliegende Petition als Material überwiesen. Hoffentlich sieht es nicht dabei, sondern den berechtigten Wünschen wird auch wirklich Rechnung getragen.

Befrei die soziale Gesetzgebung die Zwickauer? Der reichstägige Reichstagsabgeordnete Schmalz-Altendorf, hat am 24. November 1907 auf der sozialdemokratischen Generalversammlung des deutschen Arbeiterverbandes in Dresden einen Vortrag gehalten über: „Die Bekämpfung der Sozialpolitik“

im Deutschen Reich.“ Wir entnehmen dem Bericht der in den Mitteilungen des deutschen Arbeiterverbandes „Das Tabatgewerbe“ enthalten ist, folgende Bescheidende Stelle:

„Meine Herren, ich bin fest überzeugt, daß die eigenen Ziele, als diese soziale Gesetzgebung eingeführt wurde, und zum ersten Male die großen Beiträge für die Krankenversicherung und später von allen Dingen für die Alters- und Invalidenversicherung gesucht werden mußten, gar mancher gekündet worden, die aber diese Beiträge, die alljährlich gleicher Höhe wieder kommen, gebucht, sei es auf Lohnkonten, sei es auf Spartenkonten, denn es ist ja ein Teil des Lohnes, und sie werden selbstverständlich mit dem Lohn ausbezahlt und schließlich in die Hände der Arbeitgeber wieder. — Bei schlechter Konjunktur vielleicht nicht ganz in vollem Maße, und wir leben ja jetzt in sehr ungünstiger Konjunktur für uns annehmen, daß es bei günstiger Konjunktur wieder anders werden möge. Jedenfalls ist aber soviel sicher, daß man von einem besondern Drücken dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon um deswillen teil, wenn man die Summe, die für die soziale Gesetzgebung gezahlt wird, nicht als Prozentteil des Lohnes ansetzt, sondern sich mal umrechnen als Prozentteil Ihres Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als 1/2 Prozent des Jahresumsatzes herauskommt, und zur Kalkulation, zur Aufrechnung auf die betreffenden Fabrikate dreht es sich tatsächlich nur um 1/4 Prozent. Meine Herren, das ist eine sehr geringe Summe, daß es ein billiger und Unrecht wäre, davon ein großes Geschäft zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen könnten, wenn unsere Arbeiter in Zukunft erhöhte Vorteile durch weitere Versicherungsbeiträge zugewandt werden sollten.“

Der Vortragende beschäftigt sich dann weiter mit den Behauptungen, daß die Industrie durch die Sozialreform Konkurrenzunfähig gemacht werde. Auch das wird als unzutreffend bezeichnet und zum Beweis auf die höheren Löhne des Auslandes verwiesen. Und dann sagt der Vortragende weiter: „Deshalb bin ich der Meinung, daß — mal ehrlich von Arbeitgeber zum Arbeitgeber gesprochen — die Anlage in diesen Versicherungsbeiträgen — durchaus keine schlechte ist. Man kann nicht behaupten, daß sie ein gewissermaßen noch auf den Lohn hinzugegabtes Geschenk sei; sondern die Auffassung eines Arbeiters wird immer dahin gehen, daß er, weil er nun nicht nötig hat, durch Eintreten in eine private Versicherungsanstalt für seine und seiner Angehörigen Zukunft zu sorgen, sich damit begnügen kann, daß er seinen Lohn aufbraucht.“

Briefkasten.

Mit Rücksicht auf den hohen Feiertag muß für die kommende Nummer bereits Freitag Abend Redaktions-schluss gemacht werden. Längere Berichte müssen bis dann bei der Redaktion eingegangen sein. Kleinere bis Samstag Mittag.

Kollege D. in Dorst: Wenn du aufmerksamer Leser unserer Zeitung wärest, würdest du wissen, daß bei allen für das Organ bestimmte Fußschriften das Papier nur auf einer Seite beschrieben sein darf. Schreibe die Berichte nächstens doch mit Tinte. Im übrigen dein Wunsch erfüllt. Gruß!

Versammlungs-Kalender.

- Altensberg. 20. April, 5 1/2 Uhr, bei Johann Schyns.
- Barmen. 25. April, Versammlung.
- Elberfeld. 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Herxenthal, Krossbach.
- Gmündener. 20. April, 11 1/2 Uhr, bei W. Baumann, Vertrauensmannversammlung.
- Freihr. 20. April, 11 1/2 Uhr, bei W. Doel.
- Höfen. 3. Mai, 5 Uhr, bei Brümmer.
- Krefeld. 20. April, 11 1/2 Uhr, in der Reichshalle (kleiner Saal oben).
- Schüttorf. 25. April, 9 Uhr, bei Riege.
- Raals. 26. April, 11 1/2 Uhr, bei Arnold Gülcken.

Lobberich. Bekanntmachung. Sonntag, den 12. April, hielt der Konsumverein „Eintracht“, Lobberich, in Liquidation im Lokale von Herrn Wintermann eine Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Bilanz, 2) wichtige Besprechungen über Angelegenheiten, 3) Berichtsbücher. Zum Punkt zwei wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Sämtliche Mitglieder des genannten Vereins, welche an demselben noch Schulden haben, müßten dieselben bis zum 15. Juni d. J. abbezahlt haben. Wo nicht, soll nach genantem Datum die Sache dem Gericht an die Hand gegeben werden. 2) Dieser Beschlüsse soll in der „Textarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden. Die Einschaltungen können bei einem jeden der Liquidatoren gegen Quittung gemacht werden.

Lobberich, den 12. April 1908.

Die Liquidatoren: (340 Mk.)
Gerb. Glasmacher, Joh. Keetm, Jaf. Anfoß.

Bekanntmachung.

Besitz Waden.

Der Sitz des Lokalbeamten für das Wiesen-, Wehra-, Rhein- und Margtal befindet sich vom 1. April ab in Zell. Die Adresse lautet:
Erhard Kiefer in Zell i. W. (Waden), Gartenstr. 3 III. (Telefon 21.)

Bekanntmachung.

Arbeits- und Umgegend.

Das hiesige Gewerkschaftskartell beschloß in seiner letzten Sitzung als Vertreter der Mitglieder der angeschlossenen Berufsgruppen die Wirtschaft Steph. Joh. Lennarz, Dachenerstr., festzusetzen.

Der Geschäftsführer: F. Herzhoff.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
August Brauer in Barmen.
Anton Herzog in Epe.
Friedr. Spiess in St. Hubert.
Jos. Potthoff in Epecht.
Hch. Thomas in Bockum.
Peter Pagen in Erefrath.
Fanny Schumacher in Gera.
Karl Jes. Pell in H.-Gladbach.
Joh. Müller in Coitbus.
Franz Münzberg in Schirgiswalda.
Henriette Chasterier in Süchteln.
Jos. Vobis in Neuss.
Anton Kosjeb in Delmenhorst.
Ihre Ihrem Andenken!